



- 3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart –
Was können Gedenkstätten tun?
Oliver von Wrochem
- 11 Die Ausstellung »Kinder im KZ Bergen-Belsen«
Diana Gring und Thomas Rahe
- 21 Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus –
Materialien für eine verflechtungsgeschichtliche Bildungsarbeit
Susann Lewerenz
- 31 Die Entstehung des Gedenkortes Güterbahnhof Moabit –
eine Geschichte mit Hindernissen
Thomas Abel
- 40 Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
in Sachsen gegründet
Jonas Kühne und Uwe Hirschfeld
- 43 Tagungsbericht »Land of Memory« –
Über die Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gedenkstätten- und
Erinnerungsarbeit der Großregion
Sabine Graf
- 50 Ulrike Puvogel – Pionierin der Gedenkstättenbewegung
Ein Nachruf
Jutta Klaeren und Thomas Lutz
- 52 Veranstaltungshinweise
- 56 Literaturhinweise

Titel: Mit einer Installation aus Namenstafeln und Fotos wird an die mehreren Hundert Kinder erinnert, die im KZ Bergen-Belsen ermordet wurden. Siehe Beitrag von Diana Gring und Thomas Rahe.
Foto: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Martin Bein

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart – Was können Gedenkstätten tun?

Oliver von Wrochem

Gedenkstätten sind gegenwärtig als Orte der Public History¹ im vereinigten Deutschland wesentlicher Teil eines Selbstverständnisses, das in der gesellschaftspolitischen Überzeugung ihren Ausdruck findet, die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen bilde einen unhintergehbaren Orientierungspunkt in und für die bundesdeutsche Identität. Diese in vielfältigen Varianten verbreitete Sichtweise wird allerdings durch geschichtsrevisionistische Interventionen eines »demagogischen Populismus« infrage gestellt, »der kalt und nüchtern Fundamente unserer Demokratie angreift«, so der ehemalige Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch. (»Wir müssen eine andere Form der Vermittlung finden«, in: Der Tagesspiegel, 8. 5. 2018, www.tagesspiegel.de/politik/brandenburger-gedenkstaetten-wir-muessen-eine-andere-form-der-vermittlung-finden/21248450.html) (9.7.2018) Die fortgeführte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, erinnerungskulturelle Aktivitäten und die Gedenkstättenarbeit stoßen teilweise auf offenen Widerspruch. Affirmativ-nationalgeschichtliche und völkische Geschichtsinterpretationen erleben eine Renaissance, überkommen geglaubte Ausgrenzungsideologien, die eine Schwächung demokratischer Strukturen und demokratischer Denk- und Handlungsweisen zur Folge haben, werden durch rechtspopulistische Bewegungen verstärkt öffentlich vertreten.

Gedenkstätten gelten bei politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor dem Hintergrund der revisionistischen Tendenzen und angesichts des Erstarkens von Antisemitismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als tragende Säulen bei dem Versuch, eine demokratische Orientierung in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten bzw. zu verankern. Sie können, so eine verbreitete Meinung, nicht nur präventiv, sondern auch reaktiv dafür Sorge tragen, dass sich die vielfältigen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht weiter ausbreiten. Die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD) hat im Januar 2018 in diesem Sinne Pflichtbesuche in den Gedenkstätten vorgeschlagen: »Ich fände es sinnvoll, wenn jeder, der in diesem Land lebt, verpflichtet würde, mindestens einmal in seinem Leben eine KZ-Gedenkstätte besucht zu haben.«² Dieser Vorschlag ist nicht zuletzt aus den Gedenkstätten selbst kritisiert worden, denn Zwangsmaßnahmen sind wenig erfolgversprechend und Gedenkstätten sind nicht per se Orte der demokratischen Läuterung.³

Doch können sie zumindest die verbreitete Erwartung erfüllen, dass Besuche an den historischen Orten zu einer Erziehung für eine geschichtsbewusste Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beitragen können? Kann den Phänomenen Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Diskriminierung von und an Gedenkstätten beispielsweise in der pädagogischen Arbeit oder durch geschichtspolitische Interventionen sinnvoll entgegengewirkt werden

und wenn ja, in welcher Weise? Diese Leitfrage eines von der Stiftung Topographie des Terrors, der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und des Anne Frank Zentrums ausgerichteten Fachtags 2018⁴ bildet den Ausgangspunkt meiner nachfolgenden Überlegungen. Mein Beitrag reflektiert zunächst exemplarisch verbreitete Haltungen gegenüber bzw. Umgangsweisen mit der NS-Vergangenheit in Deutschland und aus diesen Positionen resultierende Erwartungen an Gedenkstättenbesuche. Anschließend werden die Bedingungen abgesteckt, unter denen Gedenkstätten im Kampf gegen gegenwärtige Ausgrenzungsideologien und -praktiken, Geschichtsrevisionismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sinnvollerweise einen Beitrag leisten können.

Aktuelle Formen des Umgangs mit NS-Verbrechen in Deutschland

Im vereinigten Deutschland werden Gedenkstättenbesuche meist in den Kontext nationalstaatlich gedachter Identitätsbildung gestellt.⁵ Die NS-Verbrechen gelten dabei als negativer Orientierungsrahmen des »deutschen« Erinnerungskollektivs. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wird auf diese Weise mit der Frage der Zugehörigkeit verknüpft. Dies wird besonders deutlich in der Debatte um die Integration von nach Deutschland Zugewanderten. Sorgen hinsichtlich des Geschichtsbewusstseins dieser in sich heterogenen Gruppe wurden in Politik und Medien verbunden mit der Forderung, die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen auch in dieser Gruppe als zentralen Orientierungspunkt zu verankern. Den Zugewanderten wird dabei unterstellt, sie hätten in der Regel zum historischen Erbe der NS-Verbrechen keinen Bezug. Umgekehrt wird angenommen, eine Aufklärung über Nationalsozialismus und Antisemitismus an den historischen Orten der Verbrechen könne beispielsweise Antisemitismus bei Zugewanderten begrenzen oder sogar einen Einstellungswandel bewirken. In diese Richtung weist die Diskussion darüber, ob Besuche ehemaliger Konzentrationslager Bestandteil von Integrationskursen sein sollten und als Mittel betrachtet werden könnten, Antisemitismus bei Migrantinnen und Migranten zu bekämpfen. Übergangen wird dabei in der Regel, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft ein viel weitergehendes Problem mit von rechtspopulistischen Bewegungen inzwischen offen formulierten Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (neben Antisemitismus insbesondere mit Rassismus und Antiziganismus) hat.

Doch auch wer die Fragilität der demokratischen Orientierung in der Mehrheitsgesellschaft nicht ausblendet, degradiert Gedenkstätten häufig zu schlichten Erziehungsinstanzen bei der Stärkung einer Identität »nach Auschwitz«. Die Forderungen nach Gedenkstättenbesuchen für »Zugewanderte« und »Deutsche« zielen dann darauf, in Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als Negativfolie eine demokratische, nationalstaatliche Orientierung für alle zu erreichen. Ein weiterer Grundgedanke ist, dass diese Besuche gegen Ausgrenzungsideologien immunisieren könnten. Mit Blick auf die deutschen Besuchenden geht es häufig um eine Immunisierung gegen rechte Ideologien, mit Blick auf die Zugewanderten dagegen vielfach um muslimischen Antisemitismus. In derartigen Zielsetzungen liegen jedoch Gefahren, die Martin Sabrow wie folgt beschreibt: »Allein der Glaube, dass aus der Geschichte gelernt und damit ihre Wiederholung verhindert werden könne, [...] nimmt sie [die Historie] gleichzeitig in den Dienst

eines volkspädagogischen Zwecks, der die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich anerkannten Meistererzählungen ihrer eigenen Zeit erschwert.«⁶

Die Frage, wie sich die deutsche Gesellschaft zur NS-Vergangenheit und zu Gedenkstätten positioniert, war zuletzt Gegenstand einer Studie, die die Universität Bielefeld im Auftrag der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« 2018 auf den Weg gebracht hat.⁷ Unter dem Titel »Trügerische Erinnerungen: Wie sich Deutschland an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert« wurden 1016 Personen nach ihren Einstellungen bezüglich der Vergangenheit befragt. Die Studie stellte heraus, dass der Nationalsozialismus überwiegend als Teil der »deutschen Identität« angesehen werde. 64 % der Befragten antworteten in diesem Sinne – gemessen daran, um was es geht, ist dies m.E. keine sehr große Mehrheit. Vielmehr lese ich diese 64 % eher als ein Warnsignal. Immerhin 14 % der Befragten vertreten einen konträren Standpunkt und 19 % zeigen sich unentschieden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass nur etwa 18 % der Befragten davon ausgehen, dass es in ihren Familien Beteiligte an den NS-Verbrechen gab, während die Mehrheit in den Familien und der deutschen Gesellschaft verbreiteten Opfernarrativen folgt und sich mit der realen Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft im Nationalsozialismus nicht auseinanderzusetzen bereit ist. Es gibt zu wenig empirische Forschungen dazu, welche Wirkungen Besuche an Stätten der NS-Verbrechen entfalten. Laut besagter Studie hinterlässt der Besuch bei den Befragten einen starken bleibenden Eindruck und trägt mit dafür Sorge, dass immerhin 84 % von ihnen es als wichtiges Ziel von Bildungsarbeit betrachten, zu »verhindern, dass der Nationalsozialismus zurückkommt«, und 79 % zu »lernen, welchen Schaden Rassismus anrichten kann«. Gedenkstättenbesuche werden demnach als wirksam wahrgenommen für ein Lernen in der und für die Gegenwart. Offen bleibt jedoch, ob die Befragten eine Brücke in die Gegenwart schlagen und wie sie das, was aktuell in Deutschland geschieht, mit dem, was im Nationalsozialismus geschehen ist, in Verbindung bringen.

Was getan werden müsste zur Bekämpfung von gegenwärtigen Ausgrenzungsideologien und -praktiken thematisiert der Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2018. Er versteht die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen als Auftrag an die gegenwärtige Gesellschaft: »Unsere Geschichte mahnt uns, antidemokratischem, rassistischem und nationalistischem Gedankengut entschieden zu begegnen.«⁸ Der Vertrag delegiert allerdings die Verantwortung für die Gestaltung einer ausgrenzungs- und rassismusermöglichten demokratischen Gesellschaft weitgehend an die nachwachsenden Generationen. Zwar heißt es, dass »wir Deutschen eine immerwährende Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus« hätten. Daraus wird aber nicht gefolgert, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei als ein Prozess des lebenslangen Lernens auch der politischen und gesellschaftlichen Eliten und Institutionen zu verstehen. Nicht die Entscheidungsträgerinnen und -träger der Gesellschaft, sondern Jugendliche werden als bildungsbedürftig markiert. Der Vertrag schlägt in diesem Sinn vor, Programme für Jugendliche aufzulegen, »Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.«⁹

Den dargestellten Positionen einer demokratischen Orientierung durch die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen an Gedenkstätten stehen bekanntlich Positionen gegenüber, die dieses

Ziel diffamieren. Zunehmend treten Gruppen und Bewegungen aus dem lange als konsensual geltenden Erinnerungsimperativ an den Nationalsozialismus als zentraler Grundlage »deutscher« Identität »nach Auschwitz« heraus. Diese Gruppierungen lösen den Bezug zum Nationalsozialismus als Orientierungspunkt für die Gegenwart durch ein nationalpositives Selbstbild ab, das als, in diesem Fall völkisch verstandene, »deutsche Identität« ins Gespräch gebracht wird. Problematisch wird dies insbesondere, wenn derartige Akteure geschichtsrevisionistisch in das Feld der historisch-politischen Bildung hineinwirken.¹⁰

Zu den Protagonistinnen und Protagonisten der vergangenheitspolitischen Wende gehört der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringischen Landtag Björn Höcke, der im Januar 2017 den Versuch unternahm, geltende Werte und Normen der deutschen Gesellschaft in Bezug auf die NS-Vergangenheit umzucodieren. Er forderte nichts weniger als den Austausch der Erinnerungen in der deutschen Gesellschaft, verbunden mit der These, die Mehrheit der Bevölkerung sei für das Ende einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und damit für ein Ende der von ihm so bezeichneten »dämlichen Bewältigungspolitik«. Seine Schlussfolgerung: »Wir brauchen so dringend wie niemals zuvor diese erinnerungspolitische Wende um 180 Grad, liebe Freunde. [...] Wir haben keine Zeit mehr, tote Riten zu exekutieren. [...] Wir brauchen keine hohlen Phrasen mehr in diesem Land, wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.«¹¹

Die rechtspopulistische Agitation gegen die Repräsentation der NS-Verbrechen, die sich zuvorderst auch gegen die Gedenkstätten richtet, ist hierbei nicht aus einer Position der vollständigen Ausblendung von Täterschaft entwickelt. Sie knüpft vielmehr an die Vorstellung an, die NS-Vergangenheit nach Jahrzehnten der Aufarbeitungsbemühungen hinter sich lassen zu können, weil Deutschland bereits zu lange damit identifiziert werde und darüber den Bezug zu den positiven Aspekten deutscher Geschichte verlöre. Diese Form der Instrumentalisierung von Geschichte für politische Zwecke gewinnt derzeit nicht nur in der AfD an Boden. Einer der Gründe ist sicherlich, dass hier etwas vergessen gemacht werden soll, wie Mirjam Zadoff, die neue Leiterin des NS-Dokumentationszentrums in München, herausgestellt hat: »Es ist kein Zufall, dass die Forderungen nach einer ›Wende in der Erinnerungskultur‹ gerade jetzt laut werden. Der Blick auf Europa zeigt, dass eine erbarmungslose Flüchtlingspolitik häufig einhergeht mit einem problematischen Verständnis der eigenen Geschichte. Wenn gefordert wird, die Grenzen dichtzumachen, dann stört die Erinnerung an die Ausgrenzungsgesellschaft des Nationalsozialismus.«¹².

Voraussetzungen, Zielsetzungen und Inhalte einer Gedenkstättenarbeit im Kontext der Bearbeitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart

Wie können Gedenkstätten ihre Arbeit ausrichten, um Perspektiven aufzeigen zu können, die relevante Antworten auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen bieten? Und umgekehrt, in welcher Weise müssen sich gesellschaftspolitische Interpretationsrahmen und damit die Bedingungen und Zielsetzungen von Gedenkstättenbesuchen verschieben, damit sinnvolle Öffnungen hin zu gegenwartsorientierten Perspektiven ermöglicht werden? Es braucht zuerst

einmal eine differenzierende Analyse von Ursachen und Formen der nationalsozialistischen Gewalt-, Verfolgungs- und Besatzungspolitik, der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, der Akteursgruppen in den einzelnen Ländern und deren Interaktionen miteinander. Gerade der Blick auf die Anfänge des Nationalsozialismus zeigt die Brüchigkeit der modernen Demokratie. Die Teilhabe von Millionen sogenannter »Volksgenossen« an Ausgrenzung und Verfolgung, die Ursachen der NS-Gewalt, ihre Durchsetzung, die Umwertung der gesellschaftlichen Normen und Werte, die Handlungsspielräume und Verantwortung Einzelner sowie von Gruppen und Institutionen im Nationalsozialismus müssen verstärkt thematisiert werden. Der öffentliche Diskurs hat zu einer Entdifferenzierung des Geschichtsbewusstseins hinsichtlich der Verfolgtengruppen geführt. Unter den Millionen von Verfolgung Betroffenen waren nicht nur Juden und Jüdinnen, sondern auch Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen und politische Gegner und Widerstandskämpfer, Wehrmachtsdeserteure, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, als asozial und kriminell diffamierter, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter sowie Millionen Zivilisten beiderlei Geschlechts in den besetzten Gebieten Europas, um nur einige zu nennen. Auch hinsichtlich des Verhaltens der nichtbetroffenen Mehrheitsgesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland und der Handlungsweisen anderer mittelbar oder unmittelbar Beteiligter, beispielsweise in den besetzten oder mit Deutschland zusammenarbeitenden Ländern, wird oft zu wenig differenziert.

Die verbreitete Vorstellung einer deutschen Identität »nach Auschwitz« bindet, wie aufgezeigt, Identität und Zugehörigkeit an »deutsche« Herkunft. In dieser Logik werden die vielfältig vorhandenen Bezüge von Zugewanderten zu Zweitem Weltkrieg und Nationalsozialismus als irrelevant ausgegrenzt und die globale historische Tragweite, die transnationalen Dimensionen und Folgen der Verbrechen und deren Bedeutung für die mittelbar Beteiligten bzw. Betroffenen ausgeblendet. Durch die nationale Vereinnahmung des historischen Geschehens und des Gedenkens wird übergegangen, dass die meisten in Deutschland lebenden Menschen direkt oder indirekt biografische Berührungspunkte zum Zweiten Weltkrieg, zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen haben. Die Perspektiven von Menschen, deren Vorfahren während des Nationalsozialismus in Deutschland lebten, trifft heute auf Perspektiven von Menschen, deren Vorfahren während des Nationalsozialismus in europäischen Ländern lebten, die Deutschland besetzt hatte, die mit Deutschland verbündet waren, kollaborierten oder die sich für neutral erklärten. Weiterhin trifft sie auf die Perspektiven von Menschen, deren Vorfahren während des Nationalsozialismus in außereuropäischen Ländern lebten, aber mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg nichtsdestotrotz direkt oder indirekt in Berührung kamen. Beispielsweise dadurch, dass sie Familienangehörige haben, die als Kolonialsoldaten aufseiten der Alliierten oder auch der Achsenmächte kämpften oder zu Verfolgten des Nationalsozialismus wurden.¹³ Auch die Kämpfe um Dekolonisation waren stark von den globalen Mächtekonstellationen geprägt, so wenn die Achsenmächte lokale Kräfte in ihrem Befreiungskampf gegen die alliierten Kolonialmächte unterstützten. Der Blick auf das historische Geschehen kann je nach Herkunft, sozialem Milieu und biografischem Hintergrund in den genannten Gruppen unterschiedlich sein. Alle von ihnen haben aber mittelbar oder unmittelbar familiäre Berührungspunkte zu Erfahrungsebenen und Handlungspraxen verschiedener Akteursgruppen, insbesondere zu Erfahrungen von Täterschaft oder Verfolgung in der Zeit des Nati-

onalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges.

Weit verbreitet ist ein entpersonalisierendes, abstraktes Wissen vom Nationalsozialismus. Gegenüber tatbeteiligten Männern, Frauen und sonstigen Beteiligten dominieren Entlastungsstrategien. Auch werden die strukturellen Übergänge und Brüche zwischen Täterschaft, stillschweigender Zustimmung, Resistenz und Widerstand ausgeblendet. Die Anknüpfungen an simplifizierende deutsche Opfernarrative in der Diskussion um die Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« und das in jüngster Zeit reaktivierte Bild der sauberen deutschen Wehrmacht sind nur einige Beispiele dafür; hier ist ein Rückfall in vergangenheitspolitische Vorstellungen der 1950er-Jahre zu beobachten, verbunden mit dem Verweis, es sei genug aufgearbeitet worden. Begünstigt werden derartige Äußerungen dadurch, dass das Wissen von der Teilhabe an Verbrechen durch eigene Verwandte und deren Handlungsmotivation weiterhin gering ist.

Gerade an Gedenkstätten kann vermittelt werden, dass Erfahrungen der Besatzungspolitik, der Verfolgung, des Widerstands, der Kollaboration und der vielfältigen Formen der Massenverbrechen an Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen neben der Judenvernichtung für viele Menschen in Europa und in Deutschland relevante Referenzpunkte des Erinnerns bilden, eben weil sie in die Geschichten vieler Familien hineinreichen. In einem geschichtsbewussten Ansatz können an Gedenkstätten multiple Gedächtnis-formen in der postnationalsozialistischen, postsozialistischen und postkolonialen Ära in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden. Indem die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und der Kampf gegen gegenwärtige Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bezug zueinander gesetzt werden, kann darauf verwiesen werden, dass wir in einer Welt vielfältiger Bezüge und Verflechtungen leben. Anknüpfungspunkte transnationaler Perspektiven auf die Verbrechen und ihre Folgen bis in die Gegenwart können historische Formen von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Kolonialismuserfahrungen bilden. Von dort aus können Kontinuitäten und Brüche, bezogen auf Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, aber auch gegenwärtige Formen von Ausgrenzungsideologien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit analysiert und Bezüge ganz unterschiedlicher Besucherinnen und Besucher aufgegriffen werden. Auch verflechtungsgeschichtliche Perspektiven auf Kolonialismus, Nationalsozialismus, Stalinismus sowie die transnationalen Dimensionen und Zusammenhänge zwischen Flucht, Migration und Rassismus bilden Anknüpfungspunkte für ein zeitgemäßes historisch-politisches Lernen auf Grundlage eines »global orientierten Geschichtsbewusstseins«.¹⁴

Ziel der Gedenkstättenarbeit sollte die Überwindung nationaler Erzählungen bei gleichzeitiger Akzeptanz von Differenzenerfahrungen sein. Dafür sollte der genuin nationalstaatliche und differenzierungsarme Interpretationsrahmen hinsichtlich der NS-Zeit zugunsten transnationaler und differenzierender Annäherungen aufgegeben werden. Das »Vermächtnis« der Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager, das die internationalen Lagerkomitees 2009 verabschiedeten, erklärte es zur Aufgabe aller Staaten der internationalen Gemeinschaft, »die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in Zukunft zu bewahren und zu würdigen.« Der Kampf »für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt [...], eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen«¹⁵, gehe alle an. Ohne Zweifel haben Menschen auf der ganzen Welt dieses Vermächtnis angenommen und

handeln nach der Maxime, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen dürfen. Insbesondere die Nachkommen ehemals Verfolgter des Naziregimes sehen es häufig als ihren Auftrag an, sich aktiv gegen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Insgesamt sehen aber viel zu viele Menschen keinen Handlungsbedarf.

Schlussbemerkung

Kern des Auftrags von Gedenkstätten bleibt die differenzierte Vermittlung der Verbrechen, die während des Nationalsozialismus verübt wurden. Sie bilden auch den Ankerpunkt der Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen von Ausgrenzungsideologien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Auf Basis historisch fundierter Perspektiven können an Gedenkstätten jedoch auch aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus, Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick genommen werden, wenn die Voraussetzungen und Zielsetzungen dieser Bezugnahme reflektiert werden. Gedenkstätten müssen ihre Konzepte dafür neu justieren. In Schulungen für diverse Gruppen, darunter gesellschaftliche Verantwortungsträgerinnen und -träger, sollten deshalb gesellschaftlich-strukturell sowie institutionell wirksame Mechanismen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die eigenen Positionen dazu thematisiert und reflektiert werden. Dabei sollten die Erfahrungen diverser Besucherinnen und Besucher reflektiert und einbezogen werden, z.B. von Berufsgruppen, Jugendlichen mit unterschiedlichen Herkunftserfahrungen, multinational zusammengesetzten Gruppen, Nachkommen von Tatbeteiligten, Verfolgten, Zuschauenden und andere. Ziel von Gedenkstättenbesuchen sollte neben der Vermittlung historischen Wissens sein, in Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte heute vorherrschende Interpretations- und Wahrnehmungsmuster zu bearbeiten, wo nötig, zu dekonstruieren und damit ein Bewusstsein für die gesellschaftliche Heterogenität und Diversität zu schaffen.

Gedenkstättenbesuche sollten demnach nicht die Ausbildung einer vermeintlich »deutschen Identität« stärken, sondern auf die Förderung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins zielen, in dem öffentlich-gesellschaftliche Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus und private, familiäre Überlieferungen aufeinander bezogen werden. Es ist nötig, in der Vermittlungsarbeit deutlicher zu machen, dass die nationalsozialistischen Verbrechen zwar einen deutschen Ursprung hatten, allerdings in einer Welt vielfältiger, transnational und global wirkender Bezüge und wechselseitiger Einflüsse stattfanden. Wenn an Gedenkstätten Bezüge zur Gegenwart hergestellt werden, sollten die Kontexte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit differenziert erschlossen und die vorherrschenden, nationalstaatlich geprägten Interpretationen der NS-Vergangenheit viel stärker als bisher hinterfragt werden. Zudem braucht es eine reflektierte Auseinandersetzung aller mit den herrschenden Ausgrenzungsideologien und -strukturen sowie den vielfältigen Folgen der NS-Vergangenheit in der gesellschaftlichen Gegenwart. Dabei können dann auch Handlungsspielräume und Verantwortung Einzelner wie auch von Gruppen und Institutionen in Gesellschaften heute in Augenschein genommen und für gegenwärtige Gefährdungen von Demokratie und Menschenrechten sensibilisiert werden.

Dr. Oliver von Wrochem, Historiker, ist stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Bildung und Studienzentrum in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Er forscht und publiziert zum Zweiten Weltkrieg und zur Aufarbeitung in Gesellschaft und Familie sowie historisch-politischer Bildung.

-
- ¹ Vgl. Martin Lücke / Irmgard Zündorf, *Einführung in die Public History*, Göttingen 2018, S. 122–132.
 - ² Miriam Hollstein, SPD-Politikerin fordert: KZ-Pflichtbesuch für Deutsche und Migranten, in *Bild am Sonntag*, 7. 1. 2018.
www.bild.de/politik/inland/konzentrationslager/pflichtbesuch-fuer-fluechtlinge-54396060.bild.html (9. 7. 2018)
 - ³ U.a. Gedenkstätten-Leiter über Pflichtbesuche: »Die nicht wollen, müssen nicht«, in: *taz*, 10. 1. 2018.
www.taz.de/Gedenkstaetten-Leiter-ueber-Pflichtbesuche/!5472361 (9. 7. 2018)
 - ⁴ Fachtag des Anne Frank Zentrums an der Topographie des Terrors, 11. 4. 2018 »In zweieinhalb Stunden gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und ...« Die Bearbeitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an Gedenkstätten für NS-Opfer, Programm unter:
www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Service/Dokumente/Einladung_Fachtag_Gedenkstaetten_GMF.pdf (9. 7. 2018)
 - ⁵ Vgl. KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Gedenkstätten und Geschichtspolitik*, Bremen 2015; Cornelia Siebeck, 50 Jahre »arbeitende« NS-Gedenkstätten in Deutschland. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter? In: *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, hg. von Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Köbler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik, Berlin 2015, S. 19–43.
 - ⁶ Martin Sabrow, *Geschichte als Instrument: Variationen über ein schwieriges Thema*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/43 2013, S. 3–11, Zitat S. 9, hier zitiert nach:
www.bpb.de/apuz/170160/variationen-ueber-ein-schwieriges-thema?p=all (9. 7. 2018).
 - ⁷ Auszüge aus der Studie »Memo Deutschland – multidimensionaler Erinnerungsmonitor« finden sich unter:
www.stiftung-evz.de/service/presse/pressemitteilungen-2018/pm-studie-erinnerungskultur.html
www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Pressemitteilungen/MEMO_PK_final_13.2.pdf (9. 7. 2018).
 - ⁸ Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, 14. März 2018, S. 119,
www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html (9. 7. 2018).
 - ⁹ Ebenda, S. 167 f.
 - ¹⁰ Danijel Majic, Historiker kritisieren AfD-nahe Stiftung. Wissenschaftler und Pädagogen sprechen von Geschichtsrevisionismus und fordern in einer Petition eine Prüfung der Desiderius-Erasmus-Stiftung.
www.fr.de/politik/ns-forschung-historiker-kritisieren-afd-nahe-stiftung-a-1584550 (6. 10. 2018). Die Petition selbst kann hier nachgelesen werden:
www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus (6. 10. 2018)
 - ¹¹ Höcke-Rede im Wortlaut »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, in: *Der Tagesspiegel*, 19. 1. 2017,
www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-weizsaeckers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html (9. 7. 2018).

-
- ¹² Flüchtlinge und Erinnerungskultur. »Wir büßen unsere Menschlichkeit ein«, in: Der Spiegel, 6. 7. 2018, www.spiegel.de/politik/ausland/mirjam-zadoff-wir-buessen-unsere-menschlichkeit-ein-a-1216552.html (9. 7. 2018).
- ¹³ Vgl. zu dieser These und ihren Folgen für das Geschichtsbewusstsein Oliver von Wrochem, Historisch-politisches Lernen an Gedenkstätten in transnationaler und globalgeschichtlicher Perspektive, in: Volkhard Knigge / Sybille Steinbacher (Hg.), Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft (i.E.).
- ¹⁴ Susanne Popp, Ein »global orientiertes Geschichtsbewusstsein« als zukünftige Herausforderung der Geschichtsdidaktik? In: Onlinejournal für Sozialwissenschaften und ihre Didaktik 1–2002, <http://jsse.org/index.php/jsse/article/viewFile/446/362> (9. 7. 2018).
- ¹⁵ Im Wortlaut: »Vermächtnis der Überlebenden«. Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen, www.auschwitz.info/de/essentials/wichtige-texte/das-vermaechtnis-der-ueberlebenden.html (9. 7. 2018).

Die Ausstellung »Kinder im KZ Bergen-Belsen«

Diana Gring und Thomas Rahe

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen hat erstmalig den jüngsten Opfern des Konzentrationslagers eine Ausstellung gewidmet. Erzählt wird die Geschichte der etwa 3500 Häftlinge unter 15 Jahren, die im KZ Bergen-Belsen inhaftiert waren. Im deutschsprachigen Raum ist es die erste Ausstellung, die die Gruppe der Kinder in einem Konzentrationslager und ihre spezifischen Lebensbedingungen und Verhaltensweisen auf so einer breiten Quellengrundlage und einem so weit gespannten Themenspektrum in den Mittelpunkt stellt. Die Wanderausstellung war, begleitet von einem umfangreichen Programm und großem öffentlichem Interesse, von April bis September 2018 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen zu sehen, aktuell wird sie in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück gezeigt.

Historischer Hintergrund

Kinderhäftlinge haben in allen nationalsozialistischen Konzentrationslagern nur wenige Spuren und historische Quellen hinterlassen. Sofern sie nicht unmittelbar der systematischen Vernichtung zum Opfer gefallen sind, war ihr Überleben innerhalb des Lagersystems meist nur eine Frage des Zufalls oder Glücks, der solidarischen Bemühungen von Mithäftlingen oder der Berechnung der SS. Das KZ Bergen-Belsen nahm insofern im Konzentrationslagersystem eine Sonderstellung ein, als es dort nicht nur viele Kinder unter den Häftlingen gab, sondern auch verhältnismäßig viele, die überlebten.

Im KZ Bergen-Belsen befanden sich zwischen 1943 und 1945 unter den rund 120 000 Häftlingen aus fast allen europäischen Ländern auch etwa 3500 Kinder.¹ Die meisten von ihnen wurden als Juden verfolgt, andere gehörten zur Gruppe der Sinti und Roma oder waren zusammen mit ihren Müttern zur Zwangsarbeit oder aus politischen Gründen inhaftiert worden. Auch kamen ungefähr 200 Kinder im Lager zur Welt. Kinderhäftlinge befanden sich in unterschiedlicher Anzahl in allen Lagerteilen des KZ Bergen-Belsen.

Das im Frühjahr 1943 eingerichtete KZ Bergen-Belsen fungierte zunächst als Sonderlager für bestimmte Gruppen jüdischer Häftlinge, die von der SS als Geiseln benutzt wurden, um sie gegen deutsche Zivilisten im westlichen Ausland auszutauschen und die deshalb vorerst von der Vernichtung ausgenommen waren. Darunter befanden sich viele Familien mit Kindern vor allem aus den Niederlanden, Polen und Ungarn, die in das »Austauschlager« deportiert wurden. Bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres brachte die SS dort Kinder mit ihren Müttern in denselben Baracken unter. Danach mussten die Jungen in die Männerbaracken umziehen und es bestand Arbeitspflicht. Aufgrund der geplanten Verwendung der jüdischen Geiseln behandelte die SS die Häftlinge in diesem Lagerbereich zunächst noch vergleichsweise besser als in den übrigen Konzentrationslagern, sodass die Kinder hier nicht einem unmittelba-



Logo der Ausstellung
»Kinder im KZ
Bergen-Belsen«. Foto:
Stiftung niedersächsi-
sche Gedenkstätten



Blick in einen Ausstellungs-
bereich.
Foto: Stiftung nieder-
sächsische Gedenk-
stätten, Martin Bein

ren Selektions- und Vernichtungsdruck ausgesetzt waren. Kam die SS jedoch zu der Überzeugung, dass die Menschen für einen Austausch »wertlos« waren, erfolgte der Abtransport. So wurde zwischen Oktober 1943 und Mai 1944 eine unbekannte Anzahl Kinder mit ihren Familien von Bergen-Belsen aus nach Auschwitz deportiert und in den Gaskammern ermordet. Durch schrittweise Funktionserweiterungen kamen neue Häftlingsgruppen in das KZ Bergen-Belsen, darunter immer wieder auch Kinder und Kindergruppen. In dem im März 1944 für kranke und »arbeitsunfähige« Häftlinge eingerichteten Männerlager befanden sich nur wenige Minderjährige, meist durch eine falsche Altersangabe, die es ihnen bei zuvor erfolgten Selektionen erlaubt hatte, beim Vater, Bruder oder Onkel zu bleiben. Die Todesrate in diesem Teillager war so hoch, dass die Überlebenschancen für die Häftlinge allgemein, für die jüngsten unter ihnen aber im Besonderen nur gering waren.

Im Spätsommer und Herbst 1944 erreichten mehrere große Transporte mit tausenden Frauen, unter denen sich auch Kinder befanden, aus Auschwitz und aus dem Warschauer Aufstand das Lager. Aus Platznot brachte man einen Teil dieser Häftlinge in einem Zeltlager unter. Viele dieser weiblichen Häftlinge verließen mit ihren Kindern nach nur wenigen Tagen Bergen-Belsen wieder und wurden für die Zwangsarbeit in KZ-Außenlager bzw. Rüstungsbetriebe verteilt. Andere – wie etwa die Schwestern Anne und Margot Frank – blieben als »arbeitsunfähig« im Frauenlager zurück.

Die Kinder, die in das Frauen- und Männerlager des KZ Bergen-Belsen kamen, hatten in vielen Fällen bereits eine Odyssee durch Ghettos und Lager hinter sich und in den meisten Fällen schon einen Großteil ihrer Familie durch die Verfolgungsmaßnahmen verloren. Selektionen, die sie fast immer als nicht »arbeitsfähig« und damit als nicht »lebenswert« deklarierten, hatten diese Kinder aus unterschiedlichen Gründen überstanden – sei es durch Zufall, Glück, Bestechung oder Tricks wie eine falsche Altersangabe oder einen Identitätstausch.

Zwischen Ende 1944 und April 1945 kamen mindestens 85 000 Frauen, Männer und Kinder auf Räumungstransporten und mit Todesmärschen in das KZ Bergen-Belsen, das



zunehmend die Funktion eines Auffang- und Sterbelagers erhielt. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich das Lager zu einem Ort des Massensterbens. Ab Anfang 1945 fungierte Bergen-Belsen zudem als Ziellager für schwangere Häftlinge und Mütter mit Kleinkindern aus anderen Konzentrationslagern und deren Außenstellen. Bergen-Belsen übernahm damit die Funktion, die zuvor Auschwitz und das zentrale Frauenkonzentrationslager Ravensbrück innegehabt hatten. Mehrere Transporte mit Frauen und Kindern, Schwangeren und Müttern mit Säuglingen sowie Kinder der Sinti und Roma mit ihren Familienmitgliedern kamen im Frühjahr 1945 aus Ravensbrück und Mauthausen nach Bergen-Belsen. Die Anzahl der Geburten stieg rapide an – der aktuelle Forschungsstand geht von 200 Kindern aus, die im KZ Bergen-Belsen geboren wurden. Aus vielen Erinnerungsberichten ist bekannt, dass die meisten Säuglinge nur wenige Tage oder Wochen nach der Geburt aufgrund von Schwäche, Unterernährung und den katastrophalen Lebensbedingungen starben.

So unterschiedlich anfangs noch die Lebenssituation für die Kinderhäftlinge im »Austauschlager« einerseits und im Frauenlager andererseits waren, so sehr glich sie sich in der Endphase in den letzten Monaten vor der Befreiung einander an. Hunger, Krankheiten und Tod erfassten in diesem Zeitraum auch die zunächst noch privilegierten Häftlinge im »Austauschlager«. Sie gerieten in physischer und psychischer Hinsicht immer mehr in jene Lebensumstände, die die Gefangenen im Frauenlager bereits seit ihrer Ankunft hatten erfahren müssen. Die Kinder im »Austauschlager« wurden mit ihren Familien noch Anfang April 1945 vor den anrückenden alliierten Truppen mit drei Transporten aus dem Lager gebracht. Am 15. April 1945 befreite die britische Armee das KZ Bergen-Belsen. Unter den rund 55 000 Häftlingen befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 800 Kinder.

Da die SS vor der Befreiung nahezu die gesamte Lagerregistratur verbrannte, sind detaillierte statistische Angaben über die Anzahl der Kinderhäftlinge in den jeweiligen Teillagern oder zu deren Geburts- und Todesrate nur begrenzt möglich. Nach aktuellem Forschungsstand sind etwa 600 Kinder in Bergen-Belsen um ihr Leben gebracht worden.

Blick in einen Ausstellungs-bereich.
Foto: Stiftung nieder-sächsische Gedenkstätten, Martin Bein

Projektentwicklung und Produktion der Ausstellung

In den letzten Jahren hat die Gedenkstätte Bergen-Belsen die Kinderhäftlinge zu einem Schwerpunkt in ihrer Forschungs- und Sammlungstätigkeit gemacht. Die Grundlagen dazu schuf Dr. Thomas Rahe bereits in den 1990er-Jahren mit mehreren Aufsätzen zum Thema.² Auf einem wissenschaftlichen Workshop, zu dem die Gedenkstätte Bergen-Belsen im Sommer 2013 einlud, kamen HistorikerInnen verschiedener KZ-Gedenkstätten und Universitäten zusammen, um über den jeweiligen Forschungsstand zu Kinderhäftlingen zu berichten. Es zeigte sich, wie lückenhaft und disparat die Quellenlage zu diesem Thema insgesamt ist. Auch gab es nur wenige übergreifende, einheitliche Kriterien der SS bezüglich der Häftlingskategorie »Kind« – je nach Lagertypus, Struktur der jeweiligen Häftlingsgesellschaft oder Zeitraum.³ Deutlich wurde auch, dass sich im KZ Bergen-Belsen aufgrund seiner speziellen Lagergeschichte vermutlich mehr Kinderhäftlinge befunden haben als in anderen Konzentrationslagern (mit Ausnahme von Auschwitz und den Vernichtungslagern).

Durch die lebensgeschichtlichen Interviews mit Überlebenden, die seit 1999 an der Gedenkstätte geführt werden, konnten in den letzten Jahren die Erfahrungen und Erinnerungen einer Vielzahl von ZeitzeugInnen aufgenommen werden, die als Kind in Bergen-Belsen waren. Unter den rund 450 audiovisuellen Interviews im Bestand der Gedenkstätte befinden sich aktuell 125 Interviews mit Child Survivors der Jahrgänge 1930 bis 1945. Dieser Bestand und seine inhaltliche Auswertung lieferten ganz wesentliche Grundlagen für die Erarbeitung einer Sonderausstellung zu dieser Thematik. Gleiches gilt für die eigene Exponat- und Objektsammlung zum Thema. Die zunächst noch privilegierte Stellung der jüdischen Geiselhäftlinge im »Austauschlager« erlaubte den persönlichen Besitz von Büchern, Kleidung, Schreibutensilien, Spielzeug etc., sodass in den vergangenen Jahren einige erhalten gebliebene Originalobjekte der Gedenkstätte von Child Survivors übergeben wurden. Zusätzlich konnten durch Recherchen in anderen Archiven weitere wichtige Erkenntnisse gesammelt und eindrucksvolle historische Bild-, Ton- und Textdokumente gefunden werden.

Nach den 2017 erfolgten Finanzierungszusagen von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und der Klosterkammer Hannover für das Projekt konnte ein beschränkter Wettbewerb mit fünf renommierten Gestalterbüros durchgeführt werden. Ende Juni 2017 wurde Charlotte Kaiser mit ihrer Firma IT'S ABOUT⁴ (Berlin) als Gewinnerin gekürt. Ihr Gestaltungsentwurf überzeugte durch eine klare, nüchterne, zurückgenommene Formgebung, bei der jedoch die dem Thema immanente Emotionalität und der Aspekt der Individualität der Opfer durch ein entsprechendes Farb- und Grafikkonzept eingebunden wurden. Die Jury bewertete das präsentierte Ensemble aus Pult-, Hänge- und Standelementen für den Kapitelablauf, mit einem Quader als Form des Gedenkens an die ermordeten Kinder sowie mit den präsentierten Lösungen für die Medienintegration und die Objekthandhabung als bestes Konzept.

In den kommenden Monaten wurde die Ausstellung in enger Zusammenarbeit zwischen dem Team der Gedenkstätte Bergen-Belsen⁵ und der Firma IT'S ABOUT entwickelt und realisiert. Der rege Austausch zwischen den HistorikerInnen und den GestalterInnen über inhaltliche Strukturierung und Proportionierung, über den Einsatz grafischer und gestalterischer Elemente, über die Objektdarstellung usw. erwies sich für alle Beteiligten als bereichernd und gewinnbringend, um zu einem gemeinsamen optimalen Ergebnis zu kommen. Die Produktion von Medienstationen mit Interview-



Lous Hoepelman, geboren 1941 in den Niederlanden, hatte während ihrer Deportation in die Konzentrationslager Westerbork, Bergen-Belsen und Theresienstadt eine Lumpenpuppe mit Namen »Mies« bei sich. In der Ausstellung wird eine Nachbildung gezeigt. Foto: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Werner Musterer

ausschnitten und historischem Filmmaterial fand in-house statt, da die Gedenkstätte Bergen-Belsen über einen Schnittplatz für AV-Medien verfügt. Für den Ausstellungsbau zeichnete die Firma bg5 (Berlin) verantwortlich, für die Medientechnik Verbrüggen av medien (Berlin). Parallel zur Ausstellung wurden eine projektbezogene Website⁶ entwickelt und eine Begleitbroschüre⁷ in deutscher und englischer Sprache erarbeitet.

Struktur und Inhalt

Die Ausstellung ist multiperspektivisch angelegt und basiert auf einem breiten Spektrum von Bild- und Textquellen, das von Dokumenten, Häftlingstagebüchern, Zeichnungen und Fotos bis zu Erinnerungsberichten und wenige Tage nach der Befreiung entstandenen Ton- und Filmaufnahmen reicht. Einen wesentlichen Bestandteil der Ausstellung bilden bislang weitestgehend unveröffentlichte Ausschnitte aus Videointerviews mit Kinderüberlebenden des KZ Bergen-Belsen, die einen Einblick in die spezifischen Formen ihrer Wahrnehmungen und Reaktionen auf die Lebensbedingungen im Konzentrationslager geben.

Die ersten zwei Kapitel der Ausstellung führen in die Thematik ein und schaffen einen kontextuellen Rahmen. Das Kapitel »Kinder im Nationalsozialismus« informiert über deren Inklusion und Exklusion und skizziert kurz die Verfolgten Gruppen, zu denen auch Minderjährige gehörten. Konzipiert als Wanderausstellung bedarf es im Unterschied zu einer Sonderausstellung, die ausschließlich in der Gedenkstätte Bergen-Belsen gezeigt wird, auch eines Abrisses der Lagergeschichte des KZ Bergen-Belsen und einer Übersicht zu den Kinderhäftlingen. Das Herzstück der Ausstellung stellen fünf thematische Kapitelblöcke dar, in denen die spezifische Lebenssituation und die Erfahrungsräume von Kindern im Lager vermittelt werden. Diese Kapitel reichen von der Beschreibung äußerer Bedingungen wie »Unterkunft« oder »Kleidung« bis zu Aspekten des sozialen Lebens wie »Familie«, »Waisen« oder »Hilfe«. Sie beleuchten kinderspezifische Themen wie »Schule« und »Spiel« sowie psychische Reaktionsformen wie »Angst«, »Hoffnung« oder »Phantasie«. Ebenso wird auf existenzgefährdende Faktoren

Im Alter von wenigen Monaten wurde Gershon Willinger (Mitte) von seinen Eltern getrennt und überlebte als Waisenkind das KZ Bergen-Belsen. In der Ausstellung ist eine Biografie von ihm zu sehen. Mit seiner Frau Jane (links) kam er aus Kanada zur Eröffnung.
Foto: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Martin Bein

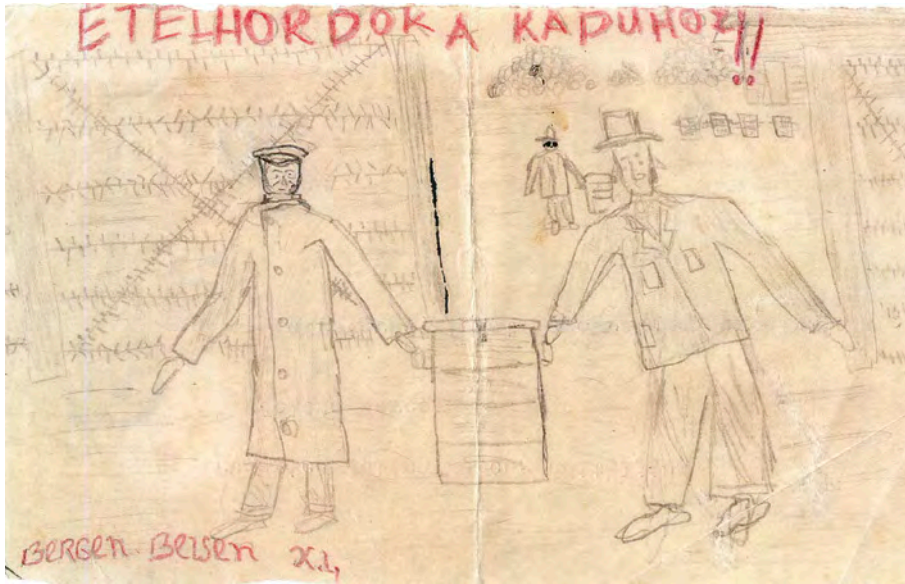


wie »Hunger«, »Krankheit« und »Gewalt« eingegangen. Die Überlebenden kommen in diesem Kapitel selbst ausführlich zu Wort, indem sie ihre damaligen Erlebnisse und Erinnerungen schildern: Zu jedem der Kapitelstichworte gibt es einen entsprechenden filmischen Zusammchnitt mit Interviewclips. In jedem der fünf thematischen Blöcke befindet sich eine Medienstation, auf der jeweils vier Filme abrufbar sind sowie eine Objektvitrine. Aus Versicherungsgründen und zur besseren Handhabbarkeit der Wanderausstellung befinden sich in den Vitrinen Repliken, u.a. ein Kinderschuh, eine Puppe und ein Henkeltopf. Diese Nachbildungen sind bewusst »neutralisiert« hinsichtlich Farbe und Textur und eher als ein »Zitat des Objekts« zu verstehen.

Das nächste Kapitel informiert über die Situation der überlebenden Kinder nach der Befreiung des KZ Bergen-Belsen im April 1945. Eindrückliche Tonquellen beinhalten russische und niederländische Gesänge und kurze Interviews, die ein britischer Journalist mit einigen Kindern im befreiten Lager aufgenommen hat. Thematisiert werden die medizinischen und sozialen Rehabilitationsmaßnahmen, vor allem für die Waisenkinder, im Nothospital und im DP-Camp Bergen-Belsen bis Juni 1945.

Eine Ausstellungsinstallation ist den Hunderten Kindern gewidmet, die im KZ Bergen-Belsen um ihr Leben gebracht wurden. An einem Quader mit umlaufenden Monitoren sind Fotos und Tafeln mit kurzen biografischen Angaben zu den Verstorbenen zu sehen. Die Überlieferung zur Identität dieser Kinder ist in vielen Fällen nur bruchstückhaft, so gibt es beispielsweise fast keine Angaben und keinerlei Fotomaterial über sowjetische Kinder. Im Loop der Tafeln wird daher immer wieder »Name unbekannt« eingeblendet, um an die Überlieferungslücken zu erinnern.

Dem Ausstellungsteam war es wichtig, die Erzählung über die Kinderüberlebenden bis in die Gegenwart zu ziehen. So behandelt das nächste Kapitel die Child Survivors von Bergen-Belsen: ihre Suche nach Familie und Identität, ihr Leben mit dem Trauma und ihr Weiterleben mit der Erinnerung bis heute. Exemplarisch liegen zudem in einem Regalelement rund 20 Autobiografien von Child Survivors des KZ Bergen-Belsen zur Lektüre bereit.



»Essensträger zum Tor!«, gezeichnet von dem damals elfjährigen János Reisz im KZ Bergen-Belsen, 1944/1945.
Foto: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Schenkung Jovan Rajs

Ein großer Screen führt mit Schwarz-weiß-Porträtbildern der Child Survivors in das Kapitel »Biografien« ein: Zu sehen sind jeweils zeitgenössische Fotos aus der Verfolgungszeit und der Gegenwart. Die Kinder von damals sind heute Menschen in ihren siebziger und achtziger Lebensjahren. Die Beschäftigung mit ihrem besonderen Schicksal ist immer auch ein Wandeln zwischen Damals und Heute, eine Bewegung auf verschiedenen Zeitebenen. Vierzehn Biografien sind in Medienanwendungen über zwei Touchscreens aufrufbar und geben Einblicke in Lebensläufe und Lebensstationen der Kinderüberlebenden.

Eröffnung und Begleitprogramm

Am 15. April 2018, dem 73. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen, wurde die Sonderausstellung in feierlichem Rahmen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Beisein von 20 Child Survivors eröffnet. Die Überlebenden der Jahrgänge 1930 bis 1945 waren zu diesem Anlass aus den USA, Niederlanden, Australien, Kanada, Israel, Schweiz, Luxemburg, Slowakei, Frankreich und Deutschland mit ihren Angehörigen angereist. Für einige der Überlebenden war die Präsentation ihrer Biografie in der Ausstellung ein ganz besonders wichtiges und eindrückliches Ereignis, da sie zum ersten Mal überhaupt mit ihrer Lebensgeschichte eine öffentliche Wahrnehmung und Würdigung erfuhren. Besonders positiv überrascht wurden das Ausstellungsteam und die Gäste von dem großen Interesse der Öffentlichkeit und dem Medienecho. Im Vor- und Nachgang zur Eröffnungsveranstaltung gab es eine umfangreiche regionale und überregionale Berichterstattung im Fernsehen, Hörfunk, Internet und in Printmedien.

In den der Eröffnung nachfolgenden Tagen organisierte die Gedenkstätte Bergen-Belsen für Schüler und Jugendliche aus der Region ein Zusammentreffen mit den Überlebenden. In dem bereits mehrfach erfolgreich durchgeführten Veranstaltungsformat »Zeitzeugen im Dialog« ergaben sich für alle Beteiligten interessante Begegnungen, lebhaftes Gespräch und nachhaltige Erfahrungen. Als Begleitprogramm fanden von April bis September 2018 verschiedene Veranstaltungen zum Ausstellungsthema



Befreite Kinder aus einer Waisenbaracke, Bergen-Belsen, 20. April 1945. Foto: Imperial War Museum, London, Kamera: Sergeant Lewis, Standbild aus Filmaufnahmen



Befreite Kinder in einer Baracke, Bergen-Belsen, Anfang Mai 1945. Foto: Imperial War Museum, London, Sergeant Hewitt

statt. Das Recherche-Theater-Projekt »Das Tagebuch des János Reisz« richtete sich an Jugendliche und erzählte die Geschichte von Jovan Rajs (früher János Reisz), der im Alter von elf Jahren in das KZ Bergen-Belsen deportiert worden war und dort ein Tagebuch verfasste. Der Zeitzeuge war bei der Aufführung anwesend und stand für Fragen zur Verfügung.

Am Internationalen Museumstag stand die Sonderausstellung im Mittelpunkt: Bei KuratorInnenführungen wurden einzelne Themen, Exponate und Biografien vorgestellt und Einblicke in die Forschungs- und Entwicklungsgeschichte des Pro-

jekts gegeben. Dr. Peter Lantos, geboren 1939 in Ungarn und Überlebender des KZ Bergen-Belsen, kam für eine Lesung und ein Zeitzeugengespräch aus London in die Gedenkstätte. Seine Autobiografie »Von Ungarn nach Bergen-Belsen und zurück. Eine Zeitreise«, verfasst 2006, erschien kürzlich in deutscher Sprache in der Schriftenreihe der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Der Regisseur Celino Bleiweiss, Jahrgang 1937, wurde nach der Ermordung seiner Eltern 1943 mit einer falschen Identität aus Polen in das KZ Bergen-Belsen deportiert. Im Rahmen des Begleitprogramms zeigte er in der Gedenkstätte seinen Spielfilm »Mein blauer Vogel fliegt« (DDR 1975) über eine Gruppe polnischer Jugendlicher im Konzentrationslager und beantwortete danach Fragen zu seiner besonderen Lebensgeschichte und seinem künstlerischen Werk.

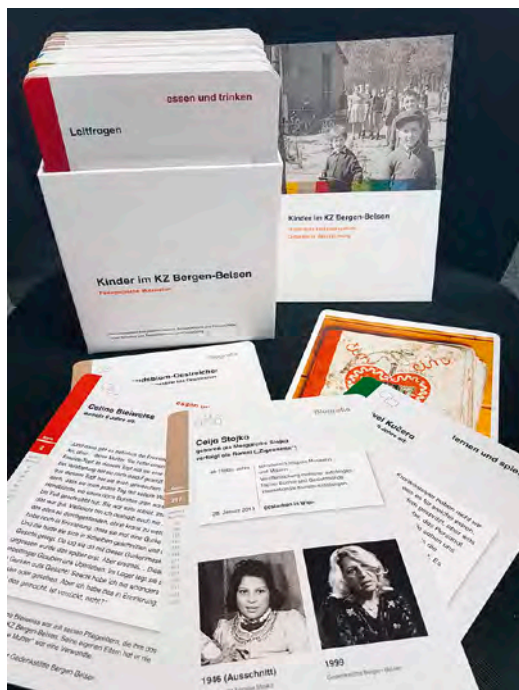
Im Juni 2018 fand zudem in der Gedenkstätte Bergen-Belsen ein wissenschaftlicher Workshop in Kooperation mit der Gedenkstätte Neuengamme zum Thema »Zwischen Verfolgung und ›Volksgemeinschaft‹. Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus« statt.⁸ Vorge stellt und diskutiert wurden Forschungsergebnisse aus den Bereichen Inklusion und Exklusion von Kindern im NS-Regime, die das Ausstellungsthema in einen größeren gesellschafts- und sozialgeschichtlichen Kontext einbeteten.

Pädagogische Materialien

Parallel zu der Erarbeitung der Ausstellung wurden pädagogische Materialien zum Themenfeld »Kinder im KZ Bergen-Belsen« entwickelt, die sowohl im schulischen Unterricht wie auch in der außerschulischen Bildung genutzt werden können.⁹ Anhand von biografischen und thematischen Zugängen ermöglichen diese Materialien am Beispiel Bergen-Belsens Einblicke in die spezifische Lebenssituation von Kindern in den NS-Konzentrationslagern – ein in der bisherigen Bildungsarbeit zur Geschichte des Nationalsozialismus nur wenig berücksichtigter Aspekt. Die thematische Auswahl der Quellen orientiert sich an existentiellen Erfahrungskategorien und Handlungsfeldern. Durch sie wird zugleich eine Brücke geschlagen zwischen der heutigen alltäglichen Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler und der Situation und dem Verhalten von Kindern in den NS-Konzentrationslagern. Zu diesen Kategorien, an die sie kognitiv und emotional anknüpfen können, zählen u.a. Essen und Trinken, Helfen, Fühlen, Lernen und Spielen, Leiden und Sterben.

Dabei konnte u. a. auf den Bestand der aktuell 125 lebensgeschichtlichen Videointerviews zurückgegriffen werden, die in den vergangenen Jahren von der Gedenkstätte Bergen-Belsen mit Überlebenden des KZ Bergen-Belsen geführt werden konnten, die zum Zeitpunkt ihrer Deportation nach Bergen-Belsen nicht älter als 14 Jahre alt waren. Neben Teiltranskriptionen aus diesen Interviews handelt es sich bei den auf Karten gedruckten Bild- und Textquellen u.a. um Passagen aus Häftlingstagebüchern und schriftlichen Erinnerungsberichten sowie zeitgenössische Fotografien und Häftlingszeichnungen. Diese werden ergänzt um Informationen und Bilder zu allen ehemaligen Kinderhäftlingen des KZ Bergen-Belsen, von denen Selbstzeugnisse in die Sammlung der pädagogischen Materialien aufgenommen wurden, einschließlich künstlerischer Verarbeitungen des eigenen Verfolgungsschicksals von Kinderüberlebenden. Die Auswahl dieser Biografien wie auch der Quellen spiegelt die Bandbreite der Verfolgung von Kindern in den NS-Konzentrationslagern in nationaler und sozialer Hinsicht wider.

Das pädagogische Material ist nicht explizit nach Schulformen oder Jahrgangsstufen gegliedert. Der Umfang und die qualitative Bandbreite der ausgewählten Quellen sollen es vielmehr der einzelnen Lehrkraft ermöglichen, das für das Lernniveau der jeweiligen Gruppe bzw. Klasse geeignete Material aus dem Sample selbst auszuwählen. Dem dienen auch die beigegefügteten didaktischen Leitfragen mit aufsteigendem



Die pädagogische Materialienbox bietet verschiedene thematische und biografische Zugänge über Karten sowie eine didaktische Handreichung an. Foto: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Komplexitätsgrad. Ein Begleitheft, das sich speziell an die Lehrkräfte wendet, enthält didaktische Handreichungen sowie historische Hintergrundskizzen zur Geschichte von Kindern in den NS-Konzentrationslagern insgesamt und im KZ Bergen-Belsen im Besonderen. Die pädagogischen Materialien werden in einer Box mit Karten im Format DIN A5 zum Preis von 29 Euro plus Versandkosten angeboten, die über die Gedenkstätte Bergen-Belsen zu beziehen ist.

Die Ausstellung ist noch bis Ende März 2019 in der Gedenkstätte Ravensbrück zu sehen. Vom 12. April bis 29. September 2019 befindet sie sich zur Präsentation im Historischen und Völkerkundemuseum St. Gallen (Schweiz). Weitere Angaben – Veranstaltungskalender, Fotogalerie, Presseinformation, Katalog, Bildungsmaterialien, Informationen für Leihnehmer – befinden sich auf der zugehörigen Website unter www.kinder-in-bergen-belsen.de.

Diana Gring, Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen, ist die Kuratorin der Ausstellung.

Dr. Thomas Rahe, Historiker und stellvertretener Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, war im Ausstellungsteam tätig und ist Mitherausgeber der pädagogischen Materialbox.

- 1 Siehe als Überblick und zum aktuellen Forschungsstand: Diana Gring / Thomas Rahe: Kinder im KZ Bergen-Belsen, in: Jens-Christian Wagner (Hg.): Kinder im KZ Bergen-Belsen. Begleitheft zur Ausstellung. Celle 2018, S. 60–65.
- 2 Siehe beispielsweise: Thomas Rahe: Jüdische Waisenkinder im Konzentrationslager Bergen-Belsen, in: Dachauer Hefte 14 (1998), S. 31–49; ders.: »Ich wusste nicht einmal, dass ich schwanger war«. Geburten im KZ Bergen-Belsen, in: Claus Füllberg-Stolberg u.a. (Hg.): Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen – Ravensbrück, Bremen 1994, S. 147–155.
- 3 Vgl. Diana Gring / Thomas Rahe: Interner Bericht zum wissenschaftlichen Workshop »Kinder in NS-Konzentrationslagern« (5./6. Juni 2013) vom 24. Juni 2013, Gedenkstätte Bergen-Belsen, Handapparat Gring, ohne Signatur.
- 4 Siehe Website: www.itsabout.de
- 5 Zum Ausstellungsteam gehörten Dr. Jens-Christian Wagner (als Projektleiter), Diana Gring (als Kuratorin), Dr. Thomas Rahe (als wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte) und Tessa Bouwman (als Volontärin).
- 6 Siehe Website: www.kinder-in-bergen-belsen.de
- 7 Jens-Christian Wagner (Hg.): Kinder im KZ Bergen-Belsen. Begleitheft zur Ausstellung. Celle 2018
- 8 Die Tagungsinhalte sollen 2019 in einem Themenheft der »Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung« (Hg. KZ-Gedenkstätte Neuengamme und AG der KZ-Gedenkstätten) veröffentlicht werden.
- 9 Kinder im KZ Bergen-Belsen. Pädagogische Materialien, hg. von Joachim Kasten, Doreen Krohne und Thomas Rahe unter Mitarbeit von Tessa Bouwman und Diana Gring, Celle: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten 2018.

Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus

MATERIALIEN FÜR EINE VERFLECHTUNGSGESCHICHTLICHE
BILDUNGSARBEIT

Susann Lewerenz

Kolonialismus und Nationalsozialismus werden in schulischen und außerschulischen Bildungskontexten in der Regel getrennt voneinander behandelt. Tatsächlich aber waren sie zeitlich wie räumlich miteinander verflochten. Schließlich war die Welt, als die NSDAP 1933 an die Macht kam, noch in weiten Teilen durch den europäischen Kolonialismus geprägt. Und Deutschland war, mit Marcia Klotz gesprochen, »ein postkolonialer Staat« in dieser »noch kolonialen Welt«.¹ Zwar besaß der deutsche Staat seit seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg keine eigenen Kolonien mehr. Doch wirkten kolonialrassistische Denk- und Deutungsmuster auch nach der formalen deutschen Kolonialherrschaft weiter fort – wenn auch unter veränderten Voraussetzungen und mit teilweise veränderten Funktionen und Folgen. Zusammen mit antisemitischen Stereotypen und nationalsozialistischen Formen von Rassismus beeinflussten sie die deutsche Selbst- und Fremdwahrnehmung und das staatliche Handeln zwischen 1933 und 1945.

Die Dimensionen des kolonialen und rassistischen Denkens und Handelns im Nationalsozialismus in den Blick zu nehmen war Anliegen eines Kooperationsprojekts, das zwischen März 2016 und Januar 2019 von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« gefördert wird. Das Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme entwickelte in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte der Universität Augsburg und dem Lehrstuhl für Afrikanische Geschichte/Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniale Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung« der Universität Hamburg Online-Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Zielgruppen ab 16 Jahren. Zudem entstand eine kleine Wanderausstellung von insgesamt 5 Roll-Up-Aufstellern, die auf Nachfrage bei der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ausgeliehen werden kann. Die Materialien stehen seit Frühjahr 2018 als PDF auf der Projekt-Website »Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus. Voraussetzungen – Funktionen – Folgen« unter www.verflechtungen-kolonialismus-nationalsozialismus.de zum kostenlosen Download zur Verfügung.² Anfang 2019 werden sie zudem in überarbeiteter und erweiterter Form als gedruckte Broschüre veröffentlicht.³

Die Materialien legen Verflechtungen zwischen kolonialem und rassistischem Denken und Handeln im Nationalsozialismus frei. In den Blick genommen werden zudem die Voraussetzungen und Folgen dieses Denkens und Handelns von der Zeit des Kaiserreiches bis in die Gegenwart. Auf diese Weise verknüpfen die Materialien die bis heute weitgehend voneinander getrennten Geschichtsnarrative zu Kolonialismus und Nationalsozialismus und deren Nachwirkungen. Die Geschichte des Nationalsozialismus wird damit in einen transnationalen und globalgeschichtlichen Kontext eingebettet. Auf diese Weise sollen die Materialien zu einer rassismuskritischen Sensibilisierung beitragen und Anstöße für eine multiperspektivische und inklusive Erinnerungskultur geben.⁴

Im Zentrum stehen exemplarische Biografien von People of Color⁵ – Menschen, die gemäß der NS-Ideologie als »farbig« und »minderwertig« in eine von kolonialrassistischem Denken geprägten Hierarchie eingeordnet wurden. Vorgestellt werden individuelle Lebenswege, Handlungsspielräume und Verfolgungsschicksale von Personen, die aus ehemaligen deutschen oder anderen europäischen Kolonien kamen oder Nachkommen von Migrant*innen außereuropäischer Herkunft waren. Damit fokussieren die Materialien auf eine Gruppe von Menschen und Aspekte der nationalsozialistischen »Rassenpolitik« sowie der Außen- bzw. Kriegspolitik, die in der historisch-politischen Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus bis heute weitgehend vernachlässigt werden.⁶

Die Materialien beleuchten schlaglichtartig Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen kolonialen Rassismen und anderen Ungleichwertigkeitsideologien, namentlich Antisemitismus, Antiziganismus und Antislawismus. Auch fragen sie nach der Bedeutung und dem Verhältnis von Kolonialrassismus, Antisemitismus und Antislawismus in der nationalsozialistischen Kriegsführung und Besatzungspolitik. Im Folgenden werden Auszüge aus den Materialien vorgestellt.

Von der kolonialen zur nationalsozialistischen »Rassenpolitik« gegenüber Schwarzen Menschen

Anhand individueller Lebensgeschichten wird aufgezeigt, dass einige der rassistischen Denk- und Deutungsmuster gegenüber People of Color, die sich im kolonialen Kontext herausgebildet hatten, teilweise nur wenig verändert in der nachkolonialen Zeit fortwirkten. Ähnlichkeiten zwischen kolonialem und nationalsozialistischem Rassismus gegen Schwarze Menschen veranschaulichen die Materialien exemplarisch an den Lebensgeschichten von Angehörigen der weitverzweigten protestantischen Missionarsfamilie Schmelen-Baumann-Kleinschmidt-Hegner (Modul 2). Diese waren Nachkommen des deutschen Missionars Johann Hinrich Schmelen, der im vorkolonialen Südwafrika eine afrikanische Frau namens Zara geheiratet hatte.

In der Erzählung der Familiengeschichte nehmen die Materialien einen chronologischen Längsschnitt über vier Generationen vor, der von der vorkolonialen Zeit über die deutsche Kolonialära und die nachkolonialen Weimarer Jahre bis in die Zeit des Nationalsozialismus reicht. Mit Fokus auf die Kolonialzeit wird herausgearbeitet, welche Folgen das »Rassenmischehen«-Verbot, das 1905 in der Kolonie »Deutsch-Südwafrika« erlassen wurde, für Angehörige der Familie hatte. Kurz nach dem Verbot wurden deutsch-afrikanische Ehen in dieser Kolonie auch rückwirkend für ungültig erklärt. Dies hatte zur Folge, dass afrikanischen Ehefrauen und ehelichen Kindern aus deutsch-afrikanischen Ehen – und sogar deren Kindern und Kindeskindern – die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Stattdessen wurde ihnen der untergeordnete Status von »Eingeborenen« zugewiesen. Sie waren damit einem gesonderten Rechtssystem unterstellt und verloren fundamentale Rechte – neben dem Recht auf Eheschließung mit Deutschen etwa das Recht auf Freizügigkeit und auf den Besitz von Land und Großvieh.⁷ Unter den Personen, die in Folge des »Rassenmischehen«-Verbotes entrechtet wurden, befanden sich auch Nachkommen der Familie Schmelen. Mehrere Familienmitglieder verließen daraufhin die Kolonie in Richtung Deutschland, wo das rassistische Eheverbot nicht galt und ihre deutsche Staatsbürgerschaft nicht in Zweifel gezogen wurde.



Die in der Kolonie »Deutsch-Südwestafrika« lebende Mathilde Kleinschmidt durfte ihren Verlobten Friedrich Wilhelm Ewaldt aufgrund ihrer afrikanischen Urgroßmutter nicht heiraten, weil »Rassenmischehen« seit 1905 in der Kolonie verboten waren. Daraufhin gingen die Beiden zum Heiraten nach Deutschland, wo das rassistische Eheverbot nicht galt. Foto: Privatbesitz

Am Beispiel der Geschwister Hegner, Urenkel von Johann Hinrich und Zara Schmelten, veranschaulichen die Materialien, dass der Rassismus gegen Schwarze Menschen jedoch auch in Deutschland weiter wirkte. So wagte es der früh verstorbene jüngste Bruder Willi Hegner (1886–1927) aufgrund seines »Blutes« zeitlebens nicht, sich den Wunsch nach einer eigenen Familie zu erfüllen; und seine ältere Schwester Marie Hegner (1884–1936), die ebenfalls unverheiratet blieb, fühlte sich im Laufe ihres Lebens zunehmend von Verfolgungsängsten bedrängt. 1934 wurde sie mit der Diagnose »Schizophrenie« in eine Nervenheilanstalt eingewiesen, wo sie zwei Jahre später unter ungeklärten Umständen starb.

Tatsächlich hatten die Geschwister Hegner nach der Machtübernahme der NSDAP 1933 berechtigte Gründe, sich vor Entrechtung und Verfolgung zu fürchten. Otto Hegner (1881–1941), der im evangelischen Kirchendienst tätig war, musste bereits 1933 befürchten, aufgrund seiner afrikanischen Urgroßmutter entlassen zu werden. Denn in Anlehnung an das im April 1933 verfügte »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« erließ die Evangelische Kirche im September 1933 ein entsprechendes Kirchengesetz, das den Ausschluss »nichtarischer« und anderer missliebiger Personen aus dem Kirchendienst ermöglichte. Als Otto Hegner nach Erlass der »Nürnberger Gesetze« im September 1935 schließlich einen »Ariernachweis« erbringen sollte, vereinbarte er mit seiner älteren Schwester Dora, verheiratet Zimmermann (1878–1955), ihre afrikanische Urgroßmutter zu verheimlichen, indem sie behaupteten, den Familienstammbaum nicht bis zu ihr zurückverfolgen zu können. Bereits in der Kolonie »Deutsch-Südwestafrika« waren Personen unabhängig von ihrem Verwandtschaftsgrad mit afrikanischen Menschen zu »Eingeborenen« erklärt worden.⁸ Zwar richteten sich die nationalsozialistischen »Rassengesetze« in erster Linie gegen jüdische Menschen, doch legten auch sie in Bezug auf Menschen mit Schwarzen Vorfahren besonders strenge Maßstäbe an: Selbst in der 7. und 8. Generation konnten Nachfahren afrikanischer Menschen noch mit einem »Mischehen«-Verbot belegt werden.⁹

Porträt der Familie Hegner aus der Zeit um 1900. In der hinteren Reihe befinden sich Otto Hegner (ganz links), Dora Hegner (2. v.l.), Hermann jr. (Mitte), Marie Hegner (2. v.r.), Willi Hegner (ganz rechts). Foto: Sammlung U. Trüper



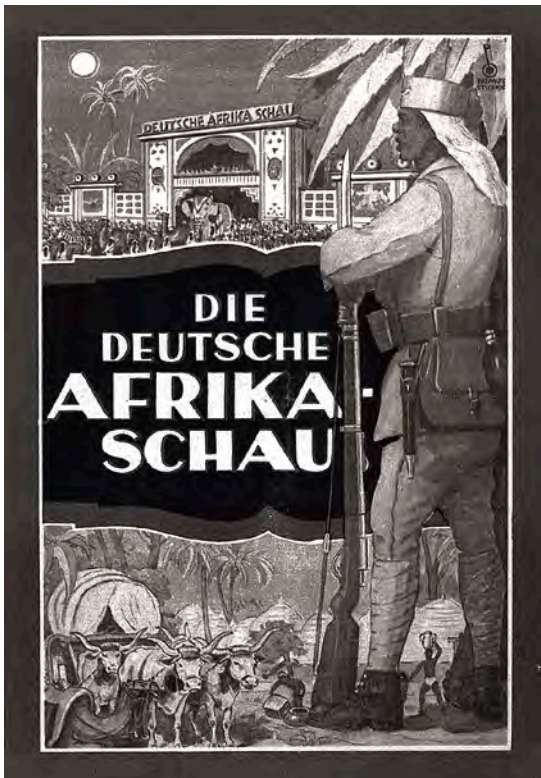
Otto Hegner starb während des Zweiten Weltkrieges mit 60 Jahren völlig unerwartet an einem Herzinfarkt. Von den Geschwistern überlebte nur Dora Zimmermann den Nationalsozialismus. Im Jahre 1955 starb sie im Alter von 77 Jahren. Sie hatte längere Zeit gemeinsam mit ihrem Ehemann, einem Missionar, in der niederländischen Kolonie Borneo gelebt. Dort hatte sie ihrer Aussage zufolge nie darunter leiden müssen, »vermishtes Blut« zu haben.¹⁰

Schwarze Menschen zwischen rassistischer Ausgrenzung und kolonialpolitischer Vereinnahmung

Während am Beispiel der Missionarsfamilie Schmelten-Baumann-Kleinschmidt-Hegner Verbindungen von der kolonialen zur nationalsozialistischen »Rassenpolitik« herausgearbeitet werden, zeigt ein weiteres Modul der Materialien, dass andere Formen von Rassismus gegen People of Color im Nationalsozialismus wiederum in einem engen Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen in der nachkolonialen Zeit standen.

Eine wichtige Bedeutung hatte in Bezug auf Zuschreibungen gegenüber Schwarzen Menschen zum einen die durch die deutsche Kriegsniederlage bedingte Beendigung der deutschen Kolonialherrschaft, die in Deutschland mit vehementen Protesten und Forderungen nach Rückgabe der Kolonien beantwortet wurde.¹¹ Zum zweiten spielte in diesem Zusammenhang eine Anfang der 1920er-Jahre ins Leben gerufene rassistische Propaganda-Kampagne eine Rolle, die sich gegen die Besetzung des Rheinlandes durch französische Kolonialtruppen richtete und die Präsenz der Soldaten of Color auf deutschem Boden als »Schwarze Schmach« brandmarkte.¹²

Vor dem Hintergrund der »Schwarze Schmach«-Kampagne nahm der Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen massiv zu – vor allem gegen Schwarze Männer und afrodeutsche Kinder, die abschätzig als »Rheinlandbastarde« bezeichnet wurden. Zeitgleich führte der Kolonialrevisionismus, also das Streben nach Rückgewinnung der



Werbeposter der »Deutschen Afrika-Schau« mit der Figur eines »treuen Askari«, ca. 1937. Die zunächst private »Völkerschau«, in der in Deutschland lebende Schwarze Menschen als »Eingeborene« und »Askari« auftraten, wurde zwischen 1935 und 1940 vom NS-Regime zur kolonialen Propaganda und »rassepolitischen« Kontrolle von Kolonialmigrant*innen verinnahmt. Foto: Bundesarchiv Berlin, R 1001/6382, Bl. 244

Der ehemalige Kindersoldat Bayume Mohamed Husen aus »Deutsch-Ostafrika« (heute Tansania), hier zu sehen in Askari-Uniform auf einem Foto von etwa 1934. Foto: Sammlung M. Bechhaus-Gerst



Die afrodeutsche Unterhaltungskünstlerin Thea Leyseck – auf diesem undatierten Foto als »Dora Leyseck« bezeichnet – gab sich 1937 gegenüber dem Propagandaministerium als »Deutsch-Südwest-Afrikanerin« aus, um sich gegen den zunehmenden Rassismus in Deutschland zu behaupten. Tatsächlich war sie die Tochter eines Afroamerikaners und einer weißen Deutschen. Foto: Zirkusarchiv Winkler



ehemaligen deutschen Kolonialgebiete, zu einer propagandistischen Vereinnahmung der ehemals Kolonisierten. Im Fokus der kolonialrevisionistischen Propaganda standen afrikanische Kolonialsoldaten – so genannte Askari –, die im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite gekämpft hatten. Ihre vermeintliche Treue gegenüber Deutschland sollte den Vorwurf der Siegermächte des Ersten Weltkriegs widerlegen, die Deutschen hätten sich durch Grausamkeiten gegenüber der kolonisierten Bevölkerung als unfähig zum Kolonisieren erwiesen.¹³

Bis in den Nationalsozialismus prägten diese beiden konträren und zugleich komplementären Diskurse die Lebensbedingungen Schwarzer Menschen und insbesondere der kleinen Gruppe von Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen deutschen Kolonien.¹⁴ An verschiedenen biografischen Beispielen zeichnen die Materialien die sich daraus ergebenden Widersprüche im staatliche Umgang mit dieser kleinen Bevölkerungsgruppe nach: Während Schwarze Menschen generell aus der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt und teilweise verfolgt wurden, eröffneten die nationalsozialistischen Bestrebungen nach Rückgewinnung der ehemaligen Kolonien und die kolonialpropagandistische Verklärung ehemaliger Kolonialsoldaten als »treue Askari« einigen Schwarzen Menschen gewisse, wenngleich unsichere Handlungsspielräume.¹⁵ Am Beispiel der Unterhaltungskünstlerin Thea Leyseck wird veranschaulicht, dass diese Handlungsspielräume Schwarzen Frauen nicht in gleichem Maße offen standen wie Schwarzen Männern, vor allem, weil sich Frauen nicht positiv auf die kolonialrevisionistische Erzählung von den »treuen Askari« beziehen konnten.¹⁶

Rassistische Kriegspropaganda, Radikalisierung der nationalsozialistischen »Rassenpolitik« und ihre Folgen für People of Color im Zweiten Weltkrieg

Im Zweiten Weltkrieg verschärfte sich der Rassismus gegen People of Color und insbesondere gegen Schwarze Menschen massiv. Dies stand in einem engen Zusammenhang mit einer rassistischen Kriegspropaganda-Kampagne, die im Frühjahr 1940 initiiert wurde und sich gegen den bevorstehenden Einsatz alliierter Kolonialtruppen an der Westfront richtete. Dazu mobilisierte sie rassistische Stereotype der gegnerischen Kolonialsoldaten als »schwarze Bestien«, die bereits im Ersten Weltkrieg genutzt worden waren und nunmehr mit antisemitischen Bildern verbunden wurden.¹⁷

Anhand von drei biografischen Beispielen zeigen die Materialien auf, wie sich diese Propaganda auf die Behandlung französischer Kolonialsoldaten auswirkte und welche Folgen die zunehmend entgrenzte rassistische Gewalt im Krieg für People of Color in Deutschland hatte (Modul 4). Am Schicksal des französischen Offiziers Charles N'Tchoréré aus der Kolonie »Französisch-Äquatorialafrika« (heute Gabun), der als Kriegsgefangener von einem deutschen Soldaten erschossen wurde, werden die rassistisch motivierten Massaker thematisiert, die deutsche Einheiten während des Westfeldzuges im Sommer 1940 an kriegsgefangenen französischen Kolonialsoldaten verübten.¹⁸ Wie sich durch die rassistische Kriegspropaganda und die entgrenzte Gewalt im Krieg der Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen auch innerhalb Deutschlands verschärfte, wird am Beispiel von Bayume Mohamed Husen aus dem ehemaligen »Deutsch-Ostafrika« (heute Tansania) nachvollziehbar. Aus kolonialpolitischen Motiven hatte das Auswärtige Amt dem ehemaligen Kindersoldaten Husen in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg zeitweise finanzielle Unterstützung geleistet. 1941 wurde Husen dann wegen



Das »Askari-Relief« wurde im August 1939 in der damaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Jenfeld eingeweiht. Foto: Kim Todzi, 2015

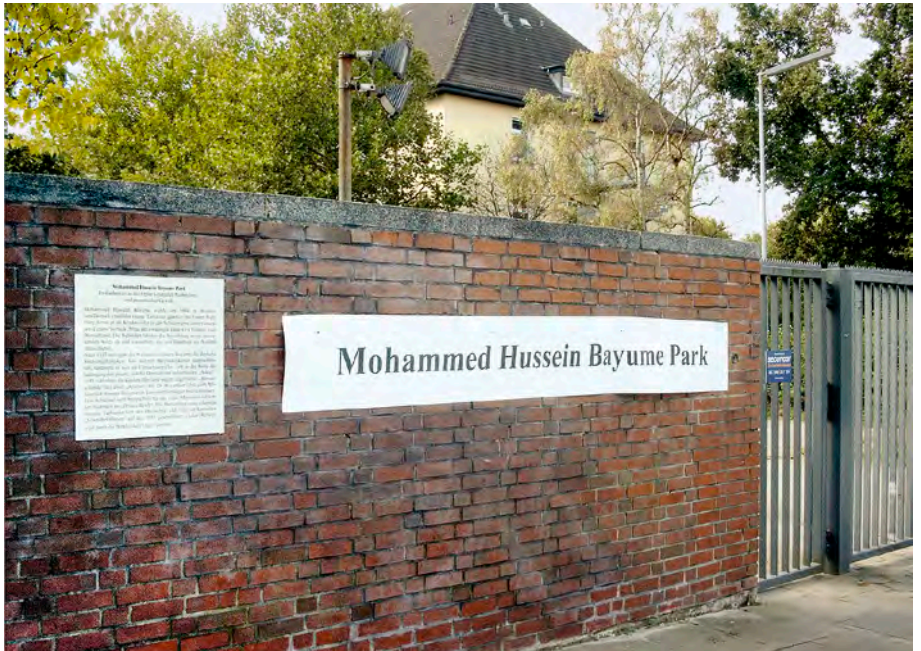
einer außerehelichen Beziehung zu einer weißen Frau in das KZ Sachsenhausen eingeliefert, wo er 1944 starb.¹⁹

Als weiteres Beispiel für die Verschärfung rassistisch motivierter Verfolgung von People of Color im Krieg wird die systematische Inhaftierung chinesischer Migranten aus Hamburg-St. Pauli im Jahre 1944 behandelt. Porträtiert wird der Gastwirt Woo Lie Kien aus Kanton, der nach seiner Verhaftung infolge schwerer Misshandlungen durch die Hamburger Gestapo starb. Seine deutsche Lebensgefährtin wurde in das KZ Ravensbrück eingeliefert, überlebte jedoch die Haft. Vorgestellt wird in diesem Zusammenhang außerdem der Gestapo-Mann Erich Hanisch, der maßgeblich für die Hamburger »Chinesenaktion« verantwortlich war. Hanisch war zuvor am Holocaust in Osteuropa beteiligt gewesen. Sein Beispiel zeigt, dass die entgrenzte Gewalt im deutschen »Ostkrieg« zur Radikalisierung der rassistischen Praxis auch in Deutschlands beitrug.²⁰

Nationalsozialistisches Kolonialgedenken und kritisches Gegen-Gedenken

Ausgehend vom Schicksal von Bayume Mohamed Husen schlagen die Materialien eine Brücke zur Gegenwart, indem nach einer möglichen Erinnerung an die Verflechtungsgeschichte von Kolonialismus und Nationalsozialismus gefragt wird (Modul 4). Zu diesem Zweck wird eine Aktion postkolonialer Aktivistinnen und Aktivisten auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Jenfeld vorgestellt. Auf dem ehemaligen Kasernenareal befindet sich ein Relief, das im August 1939 und damit kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen eingeweiht wurde und die glorifizierende Erzählung von den Askari beschwört, die im Ersten Weltkrieg angeblich »treu bis in den Tod« auf deutscher Seite gekämpft hätten. Dem revisionistischen Kolonialgedenken der NS-Zeit, das den nationalsozialistischen Rassismus gegen Schwarze Menschen unsichtbar macht, setzten die Aktivistinnen und Aktivisten 2003 das Schicksal des im Konzentrationslager ermordeten Bayume Mohamed Husen entgegen.²¹

2003 benannten post-koloniale Aktivistinnen und Aktivisten die ehemalige Lettow-Vorbeck-Kaserne symbolisch nach Bayume Mohamed Husen (hier in anderer Schreibweise).
Foto: Heiko Möhle, 2003



Eine historisch-politische Bildungsarbeit für die plurale Gesellschaft der Gegenwart

Die Perspektiverweiterung der hier vorgestellten Bildungsmaterialien bettet den Nationalsozialismus in einen größeren, transnationalen und globalgeschichtlichen Kontext ein. Dies ermöglicht es nicht nur, Kontinuitäten und Veränderungen historischer Formen von Rassismus aufzuzeigen und zugleich die (post-)koloniale Vorgeschichte heutiger Globalisierungs- und Migrationsprozesse in das Bewusstsein zu rücken. Gerade angesichts der sich verstärkenden Abwehrhaltung gegenüber der pluralen Gesellschaft der Gegenwart sowie der zunehmenden Enttabuisierung rassistischer Diskurse können die Materialien auch dazu beitragen, den Blick für gegenwärtige Rassismen zu schärfen. Hierzu dienen nicht zuletzt die Gegenwartsbezüge, die in den fünf Modulen der Materialien hergestellt werden. Thematisiert werden zum einen konkrete Rassismuserfahrungen von People of Color in Deutschland in den Jahren nach 1945 bis heute (Modul 2). Zum Zweiten werden Kontinuitäten und Veränderungen rassistischer Stereotype in der populären Kultur und den Massenmedien aufgezeigt (Module 1+3). Und zum dritten wird anhand von erinnerungskulturellen Debatten in Deutschland und den Niederlanden die Frage aufgeworfen, auf welche Weise die verflochtene Geschichte von Kolonialismus und Nationalsozialismus heute erinnert und in ein Verhältnis zur Gegenwart gesetzt werden kann (Module 4+5).

Dr. Susann Lewerenz, Historikerin, arbeitet zu den Themen Post-Kolonialismus, Rassismus in der visuellen Kultur in Deutschland. Ihre 2015 abgeschlossene Dissertation erschien 2017 unter dem Titel *Geteilte Welten. Exotisierte Unterhaltung und Artist*innen of Color in Deutschland, 1920–1960* in der Reihe »Alltag & Kultur« beim Böhlau Verlag. Susann Lewerenz ist im Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme tätig und hat das hier beschriebene Projekt wissenschaftlich betreut.

- 1 Klotz, Marcia 2005. The Weimar Republic: A Postcolonial State in a Still-Colonial World, in: Ames, Eric / Klotz, Marcia / Wildenthal, Lora (Hg.). *Germany's Colonial Pasts*. Lincoln/London, S. 135–147. Siehe daneben z.B. auch Grosse, Pascal 2005. What Does German Colonialism Have to Do with National Socialism? A Conceptual Framework, in: Eric Ames / Klotz, Marcia / Wildenthal, Lora (Hg.). *Germany's Colonial Pasts*. Lincoln/London, S. 115–134.
- 2 Auf der Website finden sich außerdem eine ausführliche Einführung in das Projekt und die Materialien, Angaben zu den Projektbeteiligten einschließlich des beratenden Expert*innen-Gremiums und Informationen zu projektbezogenen Bildungsangeboten der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Publikationen und fortlaufenden Veranstaltungen.
- 3 KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg und der Universität Hamburg (Hg.) 2019. *Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus: Voraussetzungen – Funktionen – Folgen*. Materialien für die Bildungsarbeit (Neuengammer Studienhefte 5). Hamburg. Die erweiterte Fassung wird auch als PDF auf der Website abrufbar sein.
- 4 Vgl. von Wrochem, Oliver 2019. *Historisch-politisches Lernen an Gedenkstätten in transnationaler und globalgeschichtlicher Perspektive*, in: Knigge, Volkhard / Steinbacher, Sybille (Hg.). *Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft*. Göttingen.
- 5 »People of Color« ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismen ausgesetzt sind, weil sie nicht als weiß gelten. Als People of Color bezeichneten sich in den 1960er-Jahren Schwarze, indische und andere nicht als weiß geltende Südafrikaner*innen im Kampf gegen das rassistische Apartheidregime. In den frühen 1980er-Jahren setzte sich der Begriff in den USA und Großbritannien durch, seit Mitte der 1990er-Jahre wird er auch in Deutschland verwendet. Siehe z.B. Ha, Kien Nghi 2007. *People of Color – Koloniale Ambivalenzen und historische Kämpfe*, in: Ders. / Lauré al-Samarai, Nicola / Mysorekar, Sheila (Hg.). *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*. Münster, S. 31–40; Dean, Jasmin 2011. *People of Color(u)r*, in: Arndt, Susan / Ofuately-Alazard, Nadja (Hg.). *Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster, S. 597.
- 6 Als eines der wenigen Beispiele für solch einen verflechtungsgeschichtlichen Ansatz in der Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus sei hier verwiesen auf Ehrlich, Franziska / Gryglewski, Elke 2009. *Geschichten teilen: Dokumentenkoffer für eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus*, hg. von Miphgash/Begegnung e.V. und Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Berlin.
- 7 Siehe zu den kolonialen »Rassenmischehen«-Verboten z.B. Essner, Cornelia 1992. *»Wo Rauch ist, da ist auch Feuer«*. Zu den Ansätzen eines Rassenrechts für die deutschen Kolonien, in: Wagner, Wilfried (Hg.). *Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität*. Münster/Hamburg: LIT, S. 145–160.
- 8 Siehe z.B. ein Urteil des Obergerichts Windhuk von 1913, Bundesarchiv Berlin, R1001/5424, Bl. 51, zit. nach El-Tayeb, Fatima 2001. *Schwarze Deutsche. Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890–1933*. Frankfurt am Main/New York, S. 101.
- 9 Siehe das vertrauliche Schreiben von Wilhelm Frick, Reichs- und Preußischer Minister des Innern, an die Landesregierungen, 3.1.1936, Bundesarchiv Berlin, R18/3514, Bl. 346 f, abgedruckt in Rose, Romani (Hg.) 1999. *»Den Rauch hatten wir täglich vor Augen«*. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma. Heidelberg, S. 34 f.
- 10 Siehe zur Geschichte der Familie Schmelen-Baumann-Kleinschmidt-Hegner Henrichsen, Dag 2009. *»... unerwünscht im Schutzgebiet ... nicht schlechthin unsittlich«*. »Mischehen« und deren Nachkommen im Visier der Kolonialverwaltung in Deutsch-Südwestafrika, in: Bechhaus-Gerst, Marianne / Leutner, Mechthild (Hg.). *Frauen in den deutschen Kolonien*. Berlin, S. 80–90; Roller, Kathrin 2004a. *Zwischen Rassismus und Frömmigkeit – Biopolitik aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive*. Über die Geschwister Hegner, Mathilde Kleinschmidt und Ludwig Baumann als Nachfahren einer deutsch-afrikanischen Missionarsfamilie, in: Becker, Frank (Hg.). *Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich*. Stuttgart, S. 220–253; Roller, Kathrin 2004b. *Mission und »Mischehen«, Erinnerung und Körper – geteiltes Gedächtnis an eine afrikanische Vorfahrin*. Über die Familie Schmelen-Kleinschmidt-Hegner, in: Förster, Larissa / Henrichsen, Dag / Bollig, Michael (Hg.). *Namibia – Deutschland. Eine geteilte Geschichte. Widerstand, Gewalt, Erinnerung*. Wolfratshausen, S. 194–211; Trüper, Ursula 2005. *»Das Blut der Väter und Mütter«*. Otto Hegner und der Arierparagraph, in: van der Heyden, Ulrich / Zeller, Joachim (Hg.): *»... Macht und Anteil an der Weltherrschaft«*. Berlin und der deutsche Kolonialismus. Münster, S. 243–250; Trüper, Ursula 2009. *»Ich bin ein Ausländer und werde ausgewiesen«*. Die Ängste der Marie Hegner, in: Bechhaus-Gerst, Marianne / Leutner, Mechthild (Hg.). *Frauen in den deutschen Kolonien*. Berlin, S. 111–121.
- 11 Siehe zum kolonialrevisionistischen Diskurs z.B. Maß, Sandra 2006. *Weißer Helden, Schwarze Krieger: Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964*. Köln.

- 12 Siehe zur »Schwarze Schmach«-Propaganda z.B. Wigger, Iris 2006. Die »Schwarze Schmach am Rhein. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse. Münster.
- 13 Siehe zur Figur des »treuen Askari« z.B. Michels, Stefanie 2009. Schwarze deutsche Kolonialsoldaten. Mehrdeutige Repräsentationsräume und früher Kosmopolitismus in Afrika. Bielefeld.
- 14 Siehe z.B. Lewerenz, Susann 2011. »Loyal Askari« and »black rapist« – two images in the German discourse on national identity and their impact on the lives of black people in Germany (1918–1945), in: Perraudin, Michael / Zimmerer, Jürgen (Hg.). German Colonialism and National Identity. New York/London; S. 173–183.
- 15 Siehe allgemein zur Situation Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus Aitken, Robbie / Rosenhaft, Eve 2013. Black Germany: The Making and Unmaking of a Diaspora Community, 1884–1960. Cambridge; Martin, Peter / Alonzo, Christine (Hg.). Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus. Hamburg/München; speziell zur Verfolgung der im Rheinland geborenen Kinder französischer Kolonialsoldaten und weißer deutscher Frauen siehe z.B. Pommerin, Reiner 1979. Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937. Düsseldorf; Camp, Tina 2004. Other Germans. Black Germans and the Politics of Race, Gender, and Memory in the Third Reich. Ann Arbor, Michigan.
- 16 Siehe Lewerenz, Susann 2009. Wie Thea Leyseck zur »Deutsch-Südwest-Afrikanerin« wurde – Kolonialrevisionismus als vergeschlechtlichter Handlungsraum Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus, in: Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 56, Themenheft Dimensionen des Kolonialismus in Deutschland – eine geschlechtergeschichtliche Perspektive, S. 32–37; dies. 2017. Geteilte Welten. Exotisierte Unterhaltung und Artist*innen of Color in Deutschland 1920–1960. Köln, Kap. 6.1.
- 17 Siehe z.B. Koller, Christian 2001. »Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt«: Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Militär- und Kolonialpolitik (1914–1930). Stuttgart, hier v.a. S. 342–361.
- 18 Siehe Scheck, Raffael 2009. Hitlers afrikanische Opfer. Die Massaker der Wehrmacht an schwarzen französischen Soldaten. Hamburg; Echenberg, Myron 1991. Colonial Conscripts. The Tirailleurs Sénégalais in French West Africa, 1857–1960. Portsmouth/London.
- 19 Siehe Bechhaus-Gerst, Marianne 2007. Treu bis in den Tod. Von Deutsch-Ostafrika nach Sachsenhausen – Eine Lebensgeschichte. Berlin; siehe daneben z.B. Ehrlich, Franziska / Gryglewski, Elke 2009. »Der Zeitpunkt seiner Entlassung ist unbestimmt«: B. Mohamed Husen – Leben als Schwarzer im NS-Staat, in: Dies. Geschichten teilen: Dokumentenkoffer für eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus, hg. von Miphgash/Begegnung e.V. und Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Berlin.
- 20 Die »Chinesenaktion« ist in die erweiterte Druckfassung der Materialien aufgenommen worden, die 2019 erscheint. Siehe dazu Amenda, Lars 2005. »Chinesenaktion«. Zur Rassenpolitik und Verfolgung im nationalsozialistischen Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 91, S. 103–132, sowie ders. 2006. Fremde – Hafen – Stadt. Chinesische Migration und ihre Wahrnehmung in Hamburg 1897–1972. Hamburg/München; siehe daneben z.B. Yü-Demski, Dagmar 1997. Chinesenverfolgung im Nationalsozialismus – Ein weiteres Kapitel verdrängter Geschichte, in: Bürgerrechte & Polizei/CLIP 58/3, S. 70–76. Zu Woo Lie Kien siehe Lars Amendas biografischen Eintrag auf der Website http://stolpersteine-hamburg.de/index.php?&MAIN_ID=7&tp=109&BIO_ID=3087 (Zugriff: 15. 8. 2018).
- 21 Siehe zum »Askari-Relief« in der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne z.B. Möhle, Heiko 2007. Kolonialismus und Erinnerungspolitik. Die Debatte um die Hamburger »Askari-Reliefs«, in: Hobuß, Steffi / Lölke, Ulrich (Hg.). Erinnern verhandeln. Kolonialismus im kollektiven Gedächtnis Afrikas und Europas, Münster, S. 196–213.

Die Entstehung des Gedenkortes Güterbahnhof Moabit

EINE GESCHICHTE MIT HINDERNISSEN

Thomas Abel

Seit Ende der 1980er-Jahre kann auch der flüchtige Passant Hinweisen auf die »Juden-transporte in den Osten« im Stadtraum von Berlin begegnen. So ließ 1987 der Berliner Senat das Mahnmal auf der Putlitzbrücke über den Gleisen des Nordringes errichten (Bildhauer Volkmar Haase). Es folgte 1988 ebenfalls auf Veranlassung des Senats das Denkmal in der Levetzowstraße am Ort des Sammellagers in der ehemaligen Synagoge (Architekten Theseus Bappert, Jürgen Wenzel und Bildhauer Peter Herbrich). 1991 initiierte dann das Bezirksamt Wilmersdorf an der Rampe des Bahnhofs Grunewald ein Mahnmal, für das der Bildhauer Karol Broniatowski eine Betonplastik mit Negativabdrücken menschlicher Körper schuf. 1998 entschloss sich die Deutsche Bahn AG am Bahnhof Grunewald auch einen zentralen Gedenkort für die »Judendeportationen durch die Deutsche Reichsbahn« (Architekten Andrea Wandel, Nikolaus Hirsch, Wolfgang Lorch) zu schaffen. Die Deutsche Bahn wollte damit aus Anlass des Zusammenschlusses von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn an die Rolle ihrer Vorgängerinstitution im Dritten Reich erinnern. Auf ihrer Website betont die Deutsche Bahn AG, dass sie dafür sämtliche Kosten übernommen habe.¹

Auf die Funktion der Deutschen Reichsbahn als Erfüllungsgehilfin des NS-Staates wies 2007 ebenfalls der »Zug der Erinnerung« hin, der nach einer privaten Initiative am 8. November 2007 in Frankfurt startete und 2008 schließlich auf dem Bahnhof in Polen in Oświęcim, in der unmittelbaren Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, das zur damaligen Zeit Teil des Deutschen Reiches war, eintraf. Dabei verlief



Güterbahnhof Moabit
Quitzwowstraße,
Zuwegung mit Unter-
führung unter Ring-
bahn-Gütergleisen,
davor Militärgleis 69
mit angeschnittener
Rampe 1977.
Foto: Peter Bley

die Abstimmung mit der Deutschen Bahn zu den verschiedenen Standorten nicht spannungsfrei. So stellte die Bahn dem gemeinnützigen Verein erhebliche Trassen- und Standgebühren für den Zug in Rechnung.² 2008 folgte eine offizielle Wanderausstellung der Deutschen Bahn, die zu Teilen auf einer Vorläufer-Ausstellung von Beate und Serge Klarsfeld beruhte. Dabei standen die Deportationen von jüdischen Kindern in Europa im Mittelpunkt. Den Klarsfelds war es wichtig gewesen, dass ihre Ausstellung wie in Frankreich auf Bahnhöfen gezeigt wird. Dieser Wunsch wurde von der Bahn abgelehnt.³

Mit dem Mahnmahl auf der Putlitzbrücke war das Land Berlin bewusst Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahn und damit der DDR über ein Gedenken am historischen Ort auf dem Güterbahnhof Moabit aus dem Weg gegangen. Dabei war damals die wichtige Funktion des Güterbahnhofs Moabit bei der Deportation der Berliner Juden weitgehend in Vergessenheit geraten. Nach der Wende hatten sich die politischen Voraussetzungen für die Errichtung eines Mahnmahls am authentischen Ort gewandelt.

Dieser ausgedehnte Güterbahnhof, an der Grenze Moabits zu Wedding gelegen, wickelte bis Kriegsende die Versorgung der Bevölkerung in den nördlichen Bezirken und den Güterverkehr für die umliegenden Industrie- und Wirtschaftsbetriebe und den Westhafen ab. Daneben wies er an seinem östlichen Rand noch eine Besonderheit auf. Hier waren die Militärgleise 69, 71, 81 und 82 mit den dazugehörigen Rampen und Ladastraßen gelegen. Sie dienten ursprünglich dem preußischen Militär in den zahlreichen Kasernen der unmittelbaren Umgebung des Güterbahnhofs zur Verladung von Truppen und militärischer Ausrüstung. Da hier auch das Preußische 1. Garde-Artillerieregiment stationiert war, musste an diesen Gleisen schweres Gerät verladen werden können. Die Militärgleise hatten eine eigene Zufahrt von der Quitzowstraße 20, die sogenannte Zuwegung. Durch ihre Randlage und durch ihre eisenbahntechnische Ausstattung konnten Militärzüge ohne Störung des übrigen Güterverkehrs und auf kurzem Weg nach Westen und nach Osten ausfahren. Diese Besonderheit führte wahrscheinlich dazu, dass von Frühjahr und Sommer 1942 an die Gestapo die überwiegende Zahl der sogenannten Osttransporte und auch einige Alterstransporte nach Theresienstadt über Moabit abwickeln ließ. Alfred Gottwaldt hat in seinem Buch »Mahnort Güterbahnhof Moabit« dargelegt, dass von diesem Bahnhof etwa 30 000 Menschen deportiert worden sind, vom Bahnhof Grunewald 15 000 und vom Anhalter Bahnhof ungefähr 10 000 Menschen.⁴

Nach dem Krieg verlor der Güterbahnhof zunehmend an Bedeutung. Der Güteraußenring um Berlin (West) wurde fertiggestellt, der Güterverkehr insbesondere nach Berlin (West) verlagerte sich zunehmend auf die Straße. 1961 wurde die Mauer gebaut und Berlin (West) damit weitgehend vom ursprünglichen Eisenbahnverkehr abgeschnitten. 1996 legte der Bezirk Tiergarten in einer Änderung des Flächennutzungsplans eine Umgehungsstraße nördlich von Siemens- und Quitzowstraße über das ehemalige Bahngelände fest (spätere Ellen-Epstein-Straße). Gleichzeitig wies aber der Tiergartener Baustadtrat Porath immer wieder auf die Verpflichtung hin, den authentischen Ort der Deportation am Güterbahnhof Moabit zu bewahren und dem Gedenken zu widmen. So gab es in dieser Zeit auch aktenkundige Kontakte zwischen dem Bezirksamt Tiergarten, der Vivico, einer Berliner Immobilienagentur und Bahntochter, und der Deutschen Bahn Netz AG zum Deportationsbahnhof Putlitzbahnhof (damals noch so bezeichnet) und dem Deportationsweg Quitzowstraße. In diesem Zusammenhang sagte dann im

Juli 1998 ein Vertreter der Deutschen Bahn bei der Anhörung zu den Bebauungsplänen, die für die Grundstücke der sogenannten Bahnlinse aufgestellt worden waren, dass die Bahn hier ihre politische Verantwortung wahrnehmen wolle.⁵ Bei den Grundstücken handelte es sich um Gelände, das durch die Aufgabe des Güterbahnhofs Moabit und durch den Umbau der Gleisanlagen am Nordring frei geworden war. Die Vivico kümmerte sich für die Deutschen Bahn um die Vermarktung dieser Grundstücke. Offenbar bestand aber bei der Vivico weiterer Informationsbedarf zur Rolle des Güterbahnhofs im Dritten Reich. Deshalb bestellte sie 1999 bei dem Historiker Jochen Spielmann ein entsprechendes Gutachten, das er der Vivico auch im Jahr 2000 vorlegte. Welche Konsequenzen die Bahntochter daraus gezogen hat, ist nicht bekannt. In einem Telefongespräch 2015 mit Herrn Spielmann erfuhr der Verfasser, dass das Gutachten weiterhin nicht veröffentlicht worden sei, inhaltlich aber weitgehend dem Buch »Mahnort Güterbahnhof Moabit« von Alfred Gottwaldt entspräche.⁶

2001 ging Tiergarten im Großbezirk Mitte auf. Damit wurde ein neues Bezirksamt gebildet und die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit änderten sich. Im Rahmen weiterer Gleisarbeiten am Nordring wurden 2001 die Deportationsgleise 81 und 82 mit der dazugehörigen Ladestraße abgerissen. Als sich das Bezirksamt 2002 wieder mit der historischen Rolle des Güterbahnhofs Moabit beschäftigte, musste es feststellen, dass ihm dazu weder verwertbare Dokumente und noch das Gutachten von Jochen Spielmann vorlagen. Deshalb holte es sich entsprechende Informationen von Andreas Szagun, einem ehemaligen Reichsbahner und historisch bewanderten Moabiter Bürger.⁷

2003 unternahm das Landesdenkmalamt erste Schritte, um dieses Gelände unter Denkmalschutz zu stellen. Das Verfahren wurde aber bald eingestellt. Offiziell hieß es dazu, dass durch den Verkauf und die Umnutzung der entsprechenden Grundstücke und durch die Anlage einer neuen Straße so weitgehende Veränderungen geschaffen worden seien, dass sich ein Denkmalschutz erübrige.⁸ Inoffiziell erfuhr der Verfasser, dass die Senatsbauverwaltung vorrangig Interesse an einer wirtschaftlichen Nutzung der betreffenden Grundstücke signalisiert habe.⁹ 2005 wurde der Bebauungsplan für den benachbarten, östlich gelegenen Baumarkt erstellt.

Ein aufmerksamer Lehrer der gegenüberliegenden Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule soll Professor Dr. Andreas Nachama, in seiner Funktion als Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, auf die beginnenden Bauarbeiten auf diesem historischen Gelände aufmerksam gemacht haben.¹⁰ Das führte 2006 zu einem Runden Tisch mit der Bezirksverwaltung und Historikern unter Federführung der Topographie des Terrors. Als Ergebnis dieser Beratungen kam schließlich 2007 nur die Aufstellung einer provisorischen Informationsstele am historischen Ort zustande.

Bei den Tiefbaumaßnahmen für den Baumarkt wurden gleichzeitig die Zuwegung repariert und Stützmauern um den für einen Gedenkort vorgesehenen Platz errichtet. Als Ausgleichsmaßnahme für anderweitig gefällte Bäume wurden außerdem acht Linden gepflanzt. In dieser Zeit hat auch der westlich gelegene Supermarkt eine Zufahrt von der Ellen-Epstein-Straße zu seinem Parkplatz angelegt, indem er eine Rampe über die historische Deportationsrampe aufschütten ließ.

2006 lag dem Bezirksamt Mitte schließlich ein eigenes Gutachten von Dr. Diana Schulle, Professor Dr. Klaus Dettmer und Dr. Alfred Gottwaldt vor, das die bereits oben geschilderten historischen Erkenntnisse bestätigte. Konsequenzen zum damaligen Zeitpunkt sind nicht bekannt. Seit 2007 fragt der freie Journalist Wolf Thieme regel-



Denkmalgelände,
auf der einen Seite
abgegrenzt von einem
Supermarkt.
Alle Abbildungen:
raumlaborberlin

mäßig beim Bezirksamt Mitte und bei der Senatskulturverwaltung nach, ob es bei der Planung für einen Gedenkort Güterbahnhof Moabit Fortschritte und die Aussicht auf eine baldige Realisierung gibt. Die Antworten sind genauso regelmäßig hinhaltend und nichtssagend.¹¹ 2010 fasst die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte den Beschluss, dass sich das Bezirksamt Mitte für die Errichtung eines Gedenkortes an eben diesem Ort einsetzen soll. 2011 erinnert die BVV das Bezirksamt noch einmal an diesen Beschluss.

2013 veranstaltet der Verein »Sie waren Nachbarn« drei Wochen lang unterschiedlichste, kulturelle Veranstaltungen zum Schicksal der Moabiter Juden. In diesem Rahmen findet bei der Finissage einer Kunstausstellung in der Heilandskirche ein Nachgespräch mit dem Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, der Stadträtin Frau Sabine Weißler und interessierten und kundigen Moabiter Bürgern statt. Dabei wird die unbefriedigende Situation des bis jetzt nicht realisierten Gedenkortes beklagt. Die Stadträtin sagt zu, sich um das Problem kümmern zu wollen. Ein ursprünglich geplanter Runder Tisch für alle Interessierte wird aber wieder abgesagt. 2013 beschließt die Bezirksverordnetenversammlung Mitte ebenfalls – mit Verweis auf ihren Beschluss von 2010 –, dass das Bezirksamt einen Wettbewerb zur Gestaltung des Gedenkortes ausloben soll. Da bis auf die eigentliche Zuwegung keine Grundstücke mehr zur Realisierung des Gedenkortes in Öffentlicher Hand sind, bemüht sich das Bezirksamt 2014 um eine Rückübertragung der notwendigen Grundstücke. Wegen weiterhin fehlender Mittel im Bezirkshaushalt beantragt das Bezirksamt Lottomittel zur Realisierung des Gedenkortes.

Im Januar 2015 stellt Alfred Gottwaldt sein bereits erwähntes Buch »Mahnort Güterbahnhof Moabit« bei einer Veranstaltung in der Topographie des Terrors vor. Er beklagt das desolate Aussehen des Geländes zum damaligen Zeitpunkt und die jahrelange Verzögerung für die Gestaltung eines Gedenkortes. Die Stadträtin Weißler aus Mitte erklärt bei dieser Veranstaltung, dass der Bezirk Mitte gerade die Rückübertragung der benötigten Grundstücke betriebe. Sie könne aber auch nach ausführlichem Akten-



studium nicht die Gründe für die jahrelange Verzögerung dieses Vorhabens nennen.

Im Mai 2015 schrieb der Verfasser einen Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister mit der Bitte, sich bei der Vergabe der Lottomittel für die Finanzierung des Gedenkortes einzusetzen. Nach einem positiven Bescheid über die Lottomittel konnte das Bezirksamt Mitte und die Senatskulturverwaltung mit der Planung eines Kunstwettbewerbs beginnen. Dazu stellte das Bezirksamt das Projekt auf der August-Sitzung 2015 des »Beratenden Ausschusses Kunst« (BAK) bei der Senatskulturverwaltung vor. Da der Verfasser sein deutliches Interesse an diesem Wettbewerb signalisiert hatte, erhielt er eine Einladung, um sein Konzept dort vorzustellen. Bei dem Vortrag des Bezirksamtes fiel auf, dass er sich ausschließlich auf die Zuwegung und das keine dreihundert Quadratmeter große Gelände für den eigentlichen Gedenkort beschränkte. Die offizielle Planung blendete die historische und dringend erhaltungsbedürftige Deportationsrampe vollkommen aus. Diese Erfahrung war der Anlass für einen späteren Kontakt mit dem bei der Sitzung ebenfalls anwesenden Professor Karge, ehemaliger Landeskonservator von Brandenburg. Dabei wurde verabredet, dem Berliner Landeskonservator Professor Dr. Jörg Haspel das Problem des fehlenden Denkmalschutzes für besagtes Gelände noch einmal vorzutragen.

Herr Haspel veranlasste daraufhin, dass sich das Landesdenkmalamt wieder mit dem Vorgang aus 2003 beschäftigte. In der Folge wurde 2016 der Denkmalschutz für das Gelände des künftigen Gedenkortes und nach Vorlage weiterer Unterlagen auch weiträumig für die Deportationsrampe am Militärgleis 69 ausgesprochen. Dabei stellte sich heraus, dass bei der Vermessung der verschiedenen Flurstücke im Bereich der Militärgleise die Grundstücksgrenzen an der Deportationsrampe exakt so vermessen worden waren, dass sich die Rampe insgesamt im Flurstück 259 (Eigentümer Firma Lidl) befindet (die Vermessungsmarken sind heute noch zu besichtigen). Ein Grund dafür war im Vermessungsamt Mitte nicht bekannt. Nach dem Berliner Denkmalschutzgesetz liegt damit die Instandhaltungspflicht für die Deportationsrampe bei dem aktuell privaten Grundstückseigentümer.

Durchgang zwischen den beiden Zufahrtsstraßen neben dem Denkmalgelände. Abgegrenzt von einem Baumarkt

Im Herbst 2015 empfiehlt der BAK einen Kunstwettbewerb für den Gedenkort Güterbahnhof Moabit. Dabei vermerkt die Senatskulturverwaltung in den Wettbewerbsunterlagen ausdrücklich, dass die Deportationsrampe kein Bestandteil des Gedenkortes sein soll.

Im August 2016 wird der Wettbewerb mit der Entscheidung der Jury für den Entwurf »Hain« des Wettbewerbers raumlaborberlin abgeschlossen.¹² Bezirksamt Mitte und Senatskulturverwaltung können sich mit dieser Entscheidung nicht anfreunden. Die beratenden Mitglieder des Wettbewerbsverfahrens unterstützen dagegen die Entscheidung der Jury. Offiziell begründet das Bezirksamt seine Haltung damit, dass der Entwurf »Hain« durch die acht kümmerlichen Linden auf diesem Gelände infrage gestellt würde. Nach langen Verhandlungen mit dem Bezirksamt Mitte wird schließlich raumlaborberlin Mitte Februar 2017 mit der Realisierung seines unverändert gebliebenen Entwurfes beauftragt.

Nach Vorstellung des Verfassers sollte die Entstehung des Gedenkortes, auch wenn er jetzt klein und bescheiden ausfiel, ausreichend dokumentiert und begleitet werden. Deshalb stellt er den beiden Künstlern Francesco Apuzzo und Rainer Liesegang von raumlaborberlin die Idee eines Projektes mit der benachbarten Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule vor. Die Schüler sollen die Realisierung in Fotos festhalten, die unter Umständen in einer späteren Ausstellung gezeigt werden könnten.

Dieser Vorschlag findet bei beiden Künstlern Interesse und Zustimmung. Auch der ausführende Garten- und Landschaftsbaubetrieb Bauditz erklärt sich damit einver-

Gestaltungsentwurf
des Büros
raumlaborberlin





Schülerinnen der Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Moabit beteiligten sich an der Errichtung des Mahnmals

standen und schafft zusätzliche Möglichkeiten für die Schüler, um sich praktisch an der Arbeit zu beteiligen. Wie sich dann herausstellt, besteht an der Schule seit mehreren Jahren eine Arbeitsgemeinschaft »Erinnern«, die sich unter anderem auf Reisen nach Frankreich, Spanien und Israel mit dem Schicksal aus Deutschland vertriebener und geflüchteter Juden auseinandersetzt. Die Leiterin dieser Arbeitsgemeinschaft, Frau Sabeth Schmidthals, erklärt sich nach einem Gespräch dazu bereit, dieses Projekt mit ihrer Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen. So machen die Schüler regelmäßig Fotos von den Arbeiten, bringen mehrfache Schutzanstriche bei den neu gepflanzten Kiefern an und gestalten zum Schluss auch die Einweihungsfeier am 15. Juni 2017 zusammen mit Herrn Nachama. Im Herbst wird dann die Ausstellung »Hier-Dort Damals-Heute« im Rathaus Tiergarten für fünf Monate gezeigt. Die Kuratorin Magdalena Zagorski, die auch die letzte Reise der Arbeitsgemeinschaft nach Polen im Sommer 2017 begleitet hatte, führt hier Bilder von den verschiedenen Reisen der Arbeitsgemeinschaft und die Fotos von der Entstehung des Gedenkortes zusammen. Die Ausstellung findet bei den Schülern selbst großen Anklang, die sich durch die Präsentation ihrer eigenen Bilder sehr geehrt fühlen.

Die offene Situation des Gedenkortes mit den jungen, gleichzeitig auch verletzlich wirkenden Kiefern veranlasst den Verfasser dazu, im Herbst 2017 den Kontakt mit der Polizei zu suchen. So findet im Oktober ein Gespräch mit dem Leiter der Direktion 3 der Berliner Polizei und seinen Mitarbeitern zum Sicherheitskonzept für den Gedenkort statt.

Im Verlauf der nächsten Monate beobachtet der Verfasser, dass das bezirkliche Grünflächenamt den Gedenkort nur unzureichend pflegt und sauber hält, obwohl im Vorfeld Bezirksamt Mitte und raumlaborberlin ein verbindliches Konzept beschlossen hatten.¹³ Nach regelmäßigen Kontakten mit dem entsprechenden Revierleiter bessert sich die Situation etwas. Mehrfache Nachfragen bei der Berliner Stadtreinigung führen zu einer häufigeren Leerung des dort befindlichen Papierkorbs. Im Winter 2017/18 befährt der kommerzielle Schneeräumdienst das Gelände mit schwerem Gerät und



Fertiggestelltes Denkmal mit freigelegten Resten des Gleis 69 im Vordergrund

beschädigt mit tiefen Spuren den Boden. Erst nach Intervention beim Grünflächenamt und raumlaborberlin wird dieses Verfahren geändert.

Da der Erhaltungszustand der Deportationsrampe weiterhin besorgniserregend ist, findet im Herbst 2017 eine erste Besichtigung mit Vertretern des Landesdenkmalamtes und dem Verfasser vor Ort statt, um ein Gutachten zur Befunderhebung und Restauration zu veranlassen. Nach einem personellen Wechsel im Landesdenkmalamt kommt ein zweiter Ortstermin im Januar 2018 zustande. Nach dieser Begehung schildert der Landeskonservator Professor Haspel in einem Brief an das Bezirksamt Mitte seine Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand des Gedenkortes. Er bietet an, sich bei einem Treffen aller Beteiligten an der Erarbeitung eines Konzepts für den angemessenen Umgang mit dem Gedenkort beteiligen zu wollen.¹⁴

Im Juni 2018 erhält die Firma »Restauration am Oberbaum« den Auftrag, Lage und Zustand der Deportationsrampe am Militärgleis 69 zu erfassen und zu dokumentieren. Diese Arbeiten finden im September statt. Dabei werden auch Probegrabungen durchgeführt, die belegen, dass sich die Rampe weiterhin unter der Zufahrt, den Aufschüttungen und unter dem Parkplatz der Firma Lidl befindet.

Dem Verfasser ist es auch in diesem Fall wichtig, die dabei erhobenen Informationen einem größeren Personenkreis zugänglich zu machen. So findet im Oktober eine Veranstaltung für Lehrer und Lehrerinnen der Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule statt. Dabei berichten das Landesdenkmalamt, »Restauration am Oberbaum« und »Gleis 69 e.V.« über die Geschichte des Ortes, die erhobenen Befunde und mögliche Restaurierungsarbeiten. Das abschließende Gutachten ist noch in Arbeit.

Weitere Veranstaltungen am Gedenkort, auch in Zusammenarbeit mit der Schule, sind geplant. So gestaltete die Schule zusammen mit dem Bezirksamt am 9. November an diesem Ort eine Gedenkzeremonie, bei der das Kaddisch vorgetragen wurde. Bei raumlaborberlin besteht weiterhin Interesse am Schicksal des Gedenkortes, auch gemeinsame Veranstaltungen mit der Schule sind vorgesehen. Mit der evangelischen Kirchengemeinde Tiergarten gibt es erste Absprachen, die dortige Jugendarbeit bei



Veranstaltungen am Gedenkort mit einzubeziehen. Auch unsere »Stadtspaziergänge« widmen sich ausführlich dem Gedenkort und seinen historischen Beziehungen.

Im Januar 2018 hat der Verfasser mit anderen Interessenten Gleis 69 e.V. gegründet, um sich vorrangig diesem Gedenkort und den damit verbundenen Themen zu widmen. Als einen Schwerpunkt unserer Arbeit betrachten wir es, öffentliche Aufmerksamkeit auf die weitgehend vergessene Deportationsrampe zu lenken und in absehbarer Zeit eine ihrer historischen Rolle angemessene Präsentation zu erreichen.

Denkmal mit Überresten von Gleis und Militärrampe, in der Gestaltung von raumlaborberlin

Dr. Thomas Abel ist Kinderarzt und hat langjährig eine sozialpädiatrische Einrichtung geleitet. Er beschäftigt sich seit 2013 mit jüdischer Geschichte in Berlin-Tiergarten. 2015 war er Gründungsmitglied und Vorstand von »Sie waren Nachbarn e.V.« und 2018 Gründungsmitglied und Vorstand von »Gleis 69 e.V.«.

- 1 Website der Deutschen Bahn zum Gedenkort Gleis 17
www.deutschebahn.com/de/konzern/geschichte/themen/ausstellung_deportation/mahnmal-1187914
- 2 Informationen zum »Zug der Erinnerung«:
www.zug-der-erinnerung.eu/aktuell.html – https://de.wikipedia.org/wiki/Zug_der_Erinnerung
- 3 Information zur Wanderausstellung »Sonderzüge in den Tod«:
https://de.wikipedia.org/wiki/Beate_Klarsfeld
- 4 Gottwaldt, Alfred – Mahnort Güterbahnhof Moabit, Hentrich & Hentrich, Berlin 2015, und siehe Dinkelaker, Philipp – Das Sammellager in der Berliner Synagoge Levetzowstraße 1941/42, Metropol, Berlin 2017
- 5 Andreas Szagun in »moabit online«: <https://moabitonline.de/28697#comment-35523>
- 6 persönliche Mitteilung Jochen Spielmann
- 7 Andreas Szagun in »moabit online«: <https://moabitonline.de/28697#comment-35523>
- 8 persönliche Mitteilung Landesdenkmalamt
- 9 persönliche Mitteilung ehemal. Landesdenkmalamt
- 10 persönliche Mitteilung Andreas Nachama
- 11 Emailwechsel liegt dem Verfasser vor
- 12 Presseerklärung Bezirksamt Mitte:
www.berlin.de/kunst-und-kultur-mitte/stadtkultur/erinnerungskultur/artikel.527784.php
- 13 persönliche Mitteilung Francesco Apuzzo
- 14 persönliche Mitteilung Landesdenkmalamt

Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem National- sozialismus in Sachsen gegründet

Jonas Kühne und Uwe Hirschfeld

Vorgeschichte

Der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Sachsen (sLAG) gehen eine Reihe von Kontakten und Treffen und Tagungen voraus, auf denen sich immer deutlicher abgezeichnet hat, dass es zwar eine reichhaltige Szene von geschichtswissenschaftlich, erinnerungspolitisch und gedenkpädagogisch engagierten Menschen in Sachsen gibt, die sich in unterschiedlichen Formen, sei es als lockere Initiativen, als organisierte Vereine, als einzelne Akteure oder als Projekte, kritisch mit der Geschichte des Faschismus in Sachsen auseinandersetzen, insbesondere mit Verfolgung, Terror und Widerstand gegen den Nationalsozialismus, es aber kaum einen kontinuierlichen Kontakt oder Austausch gab. Gerade in der konservativ geprägten geschichtspolitischen Situation Sachsens fehlte es schmerzlich an einer Zusammenarbeit, die es erlaubt hätte, kritische Positionen zu den dominanten Darstellungen zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu tragen. Wie nötig dies war, zeigte sich beispielsweise an der langjährigen einseitigen Projektförderungspolitik der sächsischen Gedenkstätten-Stiftung, in der die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Gründung

Am 18. September war es dann soweit: 40 Menschen von 20 Initiativen, Vereinen und Projekten kamen zur Gründung der sLAG nach Frankenberg/Sa. Der Ort war bewusst gewählt, da hier seit Jahren intensiv am Aufbau einer Gedenkstätte gearbeitet wird. So führte Anna Schüller von der Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V. zunächst durch das Gelände des früheren Konzentrationslagers Sachsenburg, das in der Nähe von Frankenberg bei Chemnitz liegt.

Im Haus der Vereine, im umgebauten ehemaligen Wartesaal des Bahnhofs, sprach dann der Historiker Daniel Ristau aus Dresden zu dem Projekt »Bruch/Stücke. Die Novemberpogrome in Sachsen 1938«. Dieser Vortrag war dankenswerterweise von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisiert worden.

Anschließend fand in Anwesenheit der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange (SPD) und des Bürgermeisters der Stadt Frankenberg, Thomas Firmenich (CDU) sowie von Dr. Thomas Lutz, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin der eigentliche Gründungsakt statt. In den Grußworten und Redebeiträgen betonten die Anwesenden mehrfach, die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Schrittes.

In den Sprecherrat der sLAG wurden Ann Katrin Düben (Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig), Klaus Hammerlik (Stadtgeschichtenerzähler Großenhain), Uwe Hirschfeld (Hochschullehrer in Dresden) und Daniela Schmohl (VVN-BdA e.V. Leipzig) gewählt. Musikalisch angemessen und beeindruckend wurde die Gründungsveranstaltung unter anderem mit den Mauthausen-Liedern von Mikis Theodorakis, durch den Musiker Paul Hoorn aus Dresden begleitet.

Von dem Gremium wurde ein Selbstverständnis für die sLAG niedergeschrieben:

Selbstverständnis der sächsischen Arbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS

I. Die Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (im Folgenden: sLAG) ist ein Netzwerk von Vereinen, Verbänden, Initiativen, Geschichtswerkstätten, Projekten und Einzelpersonen.

In Sachsen existiert eine vielfältige Landschaft von politisch-historisch engagierten Akteurinnen und Akteuren, die sich mit unterschiedlichen Zugängen und thematischen Schwerpunkten mit der Geschichte des Nationalsozialismus in lokalen, regionalen und überregionalen Zusammenhängen auseinandersetzen. Menschen aus mehrheitlich ehrenamtlichen, aber auch institutionellen Zusammenhängen leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Damit tragen sie zur Entwicklung eines kritischen erinnerungspolitischen Diskurses in Sachsen bei. Die sLAG knüpft hieran an.

II. Wir verstehen uns als geschichtspolitisches Netzwerk in Sachsen, parteipolitisch neutral und parteiunabhängig. Angesichts weitverbreiteter populistischer und rassistischer Positionen sehen wir in der intensiven Auseinandersetzung mit der Ideologie und Herrschaft des nationalsozialistischen Systems, seinen Hintergründen und Funktionsweisen, mit dessen Verbrechen und seinen konkreten lokalen Auswirkungen einen wesentlichen Beitrag für die Stärkung einer demokratischen Kultur in Sachsen. Grundlage unserer Arbeit ist der Respekt für alle Menschen, die in der NS-Zeit verfolgt wurden. Das schließt die Wertschätzung von Diversität und Vielschichtigkeit in der Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein.

III. Die sLAG setzt sich ein

- für die Etablierung einer vielfältigen, öffentlich wahrnehmbaren, lebendigen Erinnerungs- und insbesondere Gedenkkultur in Sachsen.
- für die Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit der Ideologie und Herrschaft des Nationalsozialismus und deren Fortwirken in der heutigen Gesellschaft.
- für die Stärkung einer engagierten politisch-historischen Bildungsarbeit in Sachsen mit dem Fokus auf die strukturellen und aktuellen Gefährdungen von Demokratie und Menschenrechten.

Um diese Zielstellungen zu verwirklichen, wird die sLAG in folgenden Bereichen aktiv:

1. Vernetzung von Vereinen, Verbänden, Initiativen, Geschichtswerkstätten, Projekten und Einzelpersonen im regionalen Bereich, sachsenweit sowie mit Tschechien und Polen.
2. Kontakt zu bundesweiten Netzwerken, hier vor allem dem Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland. Sie strebt die Mitgliedschaft in diesem Forum an.
3. Stärkung der im Netzwerk vertretenen Vereine, Verbände, Initiativen, Geschichtswerkstätten, Projekte und Einzelpersonen durch:
 - Förderung des fachlichen Austauschs und der Weiterbildung

- Förderung der Zusammenarbeit mit professioneller und institutionalisierter Forschung und Vermittlung
- Förderung von fachlichen und politischen Debatten im Themenfeld
- Förderung der öffentlichen Wahrnehmung der geleisteten Forschungs- und Vermittlungsarbeit
- Beratung in inhaltlichen Fragen und bei der Akquise von Fördermitteln

Ausblick

Mit der vollzogenen Gründung der sLAG sollen drei Schwerpunkte gesetzt werden. Erstens schafft die sLAG eine solidarische Vernetzung untereinander, die Unterstützung bei Problemen und einen fachlichen Austausch gewährleisten soll. Der Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch wird durch regelmäßige Treffen und Veranstaltungen verstetigt und eine Brücke zwischen ehrenamtlich Engagierten und der wissenschaftlichen Ebene gebaut. Zweitens kann den Herausforderungen, die sich aus den Veränderungen in der Erinnerungsarbeit an die nationalsozialistischen Verbrechen durch das Ende der unmittelbaren Zeiteugenschaft ergeben, besser begegnet werden. Gleichzeitig erfordert der gesellschaftliche Wandel hin zur Migrationsgesellschaft vielschichtige Antworten im Hinblick auf »nationale Identitäten« und »nationale Geschichtsbilder«. Und drittens möchte die sLAG für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im politischen Erinnerungsdiskurs eine breite Öffentlichkeit schaffen und damit die Bedingungen für die in diesem Feld Aktiven strukturell nachhaltig verbessern.

Zugleich soll die sLAG eine starke Stimme gegen die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von rechtsextremen Positionen in der sächsischen Gesellschaft sein, was sich in der Leugnung und Verharmlosung der NS-Verbrechen und nicht zuletzt in Bewegungen wie Pegida, Teilen der AfD und der zunehmenden insbesondere rassistisch und gegen politische Andersdenkende motivierten Gewalt zeigt.

Gründungsmitglieder

AKuBiz e.V. (Pirna), audioscript (Dresden), Bon Courage (Borna), Bund der Antifaschisten e.V. (Leipzig), Bürgerschaftliche Initiative zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus in Sachsen 1933-1945 (Atlas-Gruppe), Erich-Zeigner-Haus e.V. (Leipzig), Förderkreis Görlitzer Synagoge, Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeit-hain e.V., Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, Gedenkstätte Großschweidnitz e.V., Geschichtswerkstatt Flößberg e.V., Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V., Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Hatikva e.V. (Dresden), Kulturbüro Sachsen e.V., LAG KZ Sachsenburg e.V., LAP-Projekt der Stadt Chemnitz »Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz in den Astra-Werken und in Chemnitz«; Darstellung NS-Zeit im Lern- und Gedenkort Kaßberg Gefängnis durch VVN-BdA Chemnitz, Münchner-Platz-Komitee e.V. (Dresden), Treibhaus e.V. (Döbeln) + 16 Einzelpersonen

Jonas Kühne ist Vorstand im Trägerverein der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig und war Mitglied im Koordinationskreis zur Gründung der sLAG.

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld ist Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Evangelischen Hochschule Dresden. Er organisiert seit vielen Jahren geschichtspolitische Foren zur NS-Zeit in Sachsen.

Tagungsbericht »Land of Memory«

ÜBER DIE BEDEUTUNG VON KUNST UND KULTUR IN DER
GEDENKSTÄTTEN- UND ERINNERUNGSARBEIT DER GROSSREGION

Sabine Graf

Der Anlass der Tagung war triftig. Es geht um nichts weniger als ein gleichermaßen schiefes wie unverwüstliches Paradox der »Zukunft der Erinnerung«. Streng genommen ist daher »Erinnerung« der falsche Begriff, wenn es darum geht, wie sich heutige und künftige Generationen mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen.

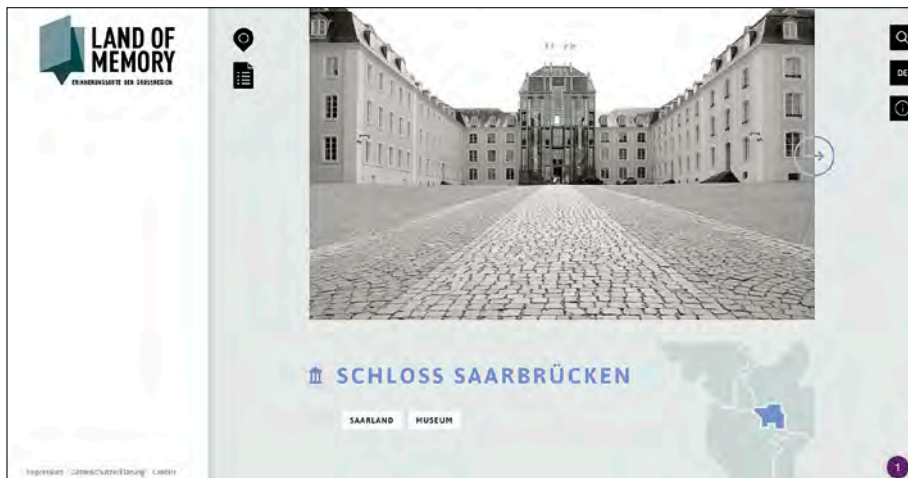
Hier klafft eine Lücke zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Sie birgt jedoch auch eine Chance in sich, die das Saarland in seinem Beitrag zu dem Interreg-Projekt¹ »Land of Memory« in einer Tagung am 19. April im Saarbrücker Schloss auslotete. »Land of Memory« ist mit dem Gedenken an die beiden Weltkriege in der Großregion (Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Elsass, Champagne-Ardenne, Luxemburg, Wallonien, und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens) befasst. Das Saarland erweitert dieses Themenfeld um ein eigenes Projekt. Unter Federführung des für internationale kulturelle Zusammenarbeit und EU-Angelegenheiten zuständigen Referates im Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung liegt der Fokus auf den Themen Widerstand und Verfolgung in der Zeit von 1933 bis 1945 als Gegenstand der Erinnerungskulturen in der heutigen Großregion.

Der Beitrag des Saarlandes unterscheidet sich zudem in den Schwerpunkten und den gewählten Medien. Während die meisten Projekte der Teilnehmenden auf die räumliche Erweiterung bestehender Museen und Gedenkstätten abheben, um Platz für museumspädagogische und vermittelnde Angebote zu schaffen, steht im Zentrum des saarländischen Beitrags weniger die materielle Infrastruktur als deren immaterielle Aspekte. Kurzum: Es geht um Kommunikation in Form einer Tagung, einer Internetseite und darüber hinaus um den Aufbau eines interregionalen Netzwerks der Akteurinnen



Tagung »Land of Memory« am 19. April 2018 in Saarbrücken.
Foto: Landeszentrale für politische Bildung

Screenshot Internet-
seite »Land of
Memory«. Abb. Ministe-
rium für Bildung und
Kultur des Saarlandes



und Akteure der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit in der Großregion. Noch enger gefasst, stehen die Mittel und Methoden der Vermittlung in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit im Zentrum des Projekts und damit in enger Verbindung auch der Kunst und Kultur, insofern beide immer auch als Formen der Kommunikation verstanden werden.

Erster Schritt: Die Tagung »Land of Memory«

Welche Qualitäten Kunst und künstlerische Techniken für die Erinnerungsarbeit bieten – das zu klären ist vor dem Hintergrund des wachsenden Abstands zur NS-Zeit hochaktuell. Zum einen rücken die vorhandenen Gedenkstätten und Erinnerungsorte stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit. Zum anderen steigt, wenn Erinnerung ohne Zeitzeugen und ohne persönliche Verbindung stattfindet, die Bedeutung der Vermittlung zwischen Einfühlung und Reflexion als Zugang zur Vergangenheit.

Daher war nach den Anforderungen an Kunstobjekte in Gedenkstätten und an Erinnerungsorten zu fragen, ebenso nach der Bedeutung von künstlerischen Techniken für zeitgemäße Formen der Vermittlung in der Gedenkstätten- und Erinnerungspädagogik. Patentrezepte, die an jedem Ort und auf jedes Thema anzuwenden sind, sollten es nicht sein. Vielmehr sollte die Tagung anhand des Wechsels von Vortrag und anschließendem erweiterten Gespräch mit Experten aller Geschlechter vor allem Impulse setzen für die weitere Arbeit der rund 130 Teilnehmenden aus Schulen, Museen, Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen sowie Institutionen der historisch-politischen Bildung der Großregion. Daran war die Auswahl der Referierenden orientiert. Konkret und praxisnah in der Konzeption und zugleich reflektiert, was die Einordnung der jeweils eigenen Arbeit im Hinblick auf die Vermittlung der Themen betrifft.

Dass der Umgang mit »sensiblen Erinnerungen« stets entlang eines »feinen Grates« führt, zeigte die Berliner Architektin und Szenografin Dr. Sonja Beeck anhand von Aufträgen für die Gestaltung der Dauerausstellung im Jüdischen Museum Berlin oder in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Notwendig dabei, so Dr. Beeck, ist für den Gestalter »an der Form zu arbeiten«, um einem Ort und seinem Thema gemäße Zugänge im Hinblick auf Dialogfähigkeit und Kontextbezug zu schaffen, vor allem dabei Angebote zu machen, welche den Besuchenden erlauben, aktiv zu sein.

Weitere Aspekte des Themas zeigten sich in der den Vortrag begleitenden Gesprächsrunde. So verwies Volker Gallé, Vorsitzender des Kunst- und Kulturbeirates für politische Bildung Rheinland-Pfalz, dass eine KZ-Gedenkstätte kein Ort wie jeder andere sei, sondern bei der dort gezeigten Kunst immer ein Kontext- und Themenbezug gegeben sein muss. Nicht zuletzt gründete sich einst der Kunst- und Kulturbeirat, der entsprechende Richtlinien erarbeitete und bei Anfragen geltend macht. Das heißt, es ist geklärt, dass immer ein Bezug zum Ort und seiner Geschichte gegeben sein muss, damit manche Anfragen sich gar nicht erst stellen². Frédérique Neau-Dufour, Leiterin der Gedenkstätte KZ Natzweiler-Struthof, erklärte, dass nicht alles, was multimedial an einem Erinnerungsort möglich, auch notwendig sei, um sich mit dem Ort auseinanderzusetzen. Im Gegenteil, so Neau-Dufour, der überbordende Einsatz von Medien könne gerade das verhindern.

Doch ist das Material, aus dem die »Erinnerungen« der Postmemory-Generation gemacht sind multimedial, stellte Professor Sébastien Fevry (Mons/Belgien) fest. Sein Vortrag war bei der Tagung der Dreh- und Angelpunkt zwischen Theorie und Praxis, Wissenschaft und Kunst. Als Medienwissenschaftler beschäftigt er sich mit der Frage, wie sich die sogenannte »Postmemory-Generation« erinnert. Das geschieht, so Fevry, vielfach anhand der im Internet frei sprudelnden Bildquellen. Da der persönliche Bezug dazu fehlt, stellt die Postmemory-Generation diesen Kontext in Filmen, Romanen oder im Medium der Graphic Novel für sich her.

Ein Beispiel für die Recherche der Nachkommen anhand von Fotografien und Textdokumenten als buchstäbliche Reise in die Vergangenheit der Elterngeneration und deren Erfahrungen der Migration zeigt paradigmatisch die Graphic Novel »Palatschinken« von Caterina Sansone und Alessandro Tota³. Diese Recherche zu einer vergangenen Zeit anhand fremder Bilder, und wie man sie sich zu Eigen macht, wurde doppelt konkret, in dem das aus zwei Sprecherinnen und einem Musiker bestehende Trio Liquid Penguin Ensemble aus Saarbrücken »Palatschinken« mit seinen angestammten Mitteln nacherzählte. Das geschah im Wechsel mit dem Vortrag Fevrys. Auf diese Weise ergänzte die wissenschaftliche Darstellung eine künstlerische Darstellung. Das geschah in Form der Nacherzählung der Graphic Novel »Palatschinken« durch das Künstlertrio unter dem Titel »Rückreise«. Dazu nutzte das für seine »begehbaren Hörspiele« unter anderem mit dem Deutschen Hörspielpreis der ARD oder dem Hörspielpreis der Kriegsblinden ausgezeichnete Ensemble seine angestammten Mittel Klang, Text und Fotografie, die in mit Papierfiguren animierten Szenen zusammenfanden und auf eine Videowand übertragen wurden. Dieses Wechselspiel zwischen Künstlertrio und Wissenschaftler war eigens für die Tagung erarbeitet worden.

Die Künstlerin Juliane Heise (Berlin/Oldenburg) hat zahlreiche Projekte mit Jugendlichen in Gedenkstätten im In- und Ausland geleitet. Dabei wurden künstlerische Techniken stets als Möglichkeit verstanden, einen individuellen und damit reflektierten Zugang zur NS-Vergangenheit zu finden. Auch in Saarbrücken lautete die Botschaft: Es gibt keine Patentrezepte. Künstlerische Techniken sind Mittel, um orts- und themenbezogen zu arbeiten, und ihr Einsatz ist von den Gegebenheiten beeinflusst, verbunden mit der Ermutigung, auch außergewöhnliche Ansätze zuzulassen. Wie sich dabei künstlerische Techniken und Medien mit historisch-politischer Bildung verbinden, war mit denjenigen zu klären, die sie aktuell einsetzen. Dafür war Luisa Lehnen wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lernort »Zivilcourage & Widerstand« in Kislau gebeten

worden, dies am Beispiel der »Motion Comics« zu erläutern, animierten Bildergeschichten, anhand derer Ereignisse der Jahre 1918 bis 1945 aus Sicht einer historischen Persönlichkeit geschildert werden⁴. Einen anderen Ansatz verfolgt Frank Schroeder, Leiter des Résistance-Museums in Esch-sur-Alzette. Der ehemalige Kunstlehrer berichtete davon, dass die unter seiner Leitung kuratierten Ausstellungen mit Schülerarbeiten, ob Fotos, Malerei oder Graffiti, bisweilen technisch überarbeitet oder als Ganzes für die Präsentation szenografisch aufbereitet werden.

Der zweite Schritt: Die Internetseite »Land of Memory«

Das Augenmerk des Kolloquiums galt dabei nicht nur den Gemeinsamkeiten, sondern auch den Unterschieden, in der Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in den einzelnen Regionen. Die Veranstaltung wollte den Erfahrungsaustausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren der Erinnerungsarbeit in der Großregion fördern. Damit das kein leeres Wort bleibt, gilt, was für die Erinnerungsarbeit jenseits der Zeitzeugenschaft und einer auf Phrasen und Rituale eingeschworenen Erinnerungsarbeit gelten muss: Es geht nur jeweils mit einem konkreten thematischen Bezug unter Beachtung des übergeordneten historischen Kontextes und der lokalen sowie regionalen Verankerung.

Ein weiterer Schritt ist daher der Aufbau einer Internetseite durch eine Arbeitsgruppe aus Akteurinnen und Akteuren der mit Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit befassten Institutionen der Großregion. Der Entwurf der von der Saarbrücker Agentur Bureau Stabil gestalteten Internetseite wurde während der Tagung präsentiert. Die Seite »Land of Memory« ist in Form einer Landkarte gestaltet. Der sie tragende Gedanke ist, dass Geschichte stattfindet, sich an Orten manifestiert und diese in ihrer Funktion verändert. Diese Veränderungen sind an Jahreszahlen gebunden und gerade in der Großregion nach 1933, insbesondere nach 1940 von veränderten Grenzverläufen bestimmt. In die Karte der Großregion werden nach und nach die Gedenkstätten und Erinnerungsorte an die NS-Zeit erfasst und mit den bestehenden Internetangeboten der Gedenkstätten, Museen und Erinnerungsorte verlinkt. Die Internetseite soll Anfang 2019 online gehen.

Weitere Schritte in Planung: Für Nachhaltigkeit sorgen

Damit das Ende des Interreg-Projektes im Jahr 2020 nicht auch das Ende der Internetseite bedeutet, entwickelt sich derzeit eine Kooperation mit dem Fachbereich »Didaktik der Gesellschaftswissenschaften« am Fachbereich III der Universität Trier im Hinblick auf dessen geplante Internetplattform »Erinnerungsatlas der Großregion«. Denn in Trier stellt man sich derzeit ähnliche Fragen: Welche Rolle spielen kartengestützte Nachschlagewerke zur Erinnerung an den Nationalsozialismus im Internet? Welches Raumverständnis wird dabei entwickelt? Unter der Leitung der Historiker Dr. Jürgen Michael Schulz und Dr. Thomas Grotum begannen 2017 in Trier – zeitgleich mit der Konzeption der Internetseite in Saarbrücken – die Vorarbeiten für einen »Erinnerungsatlas der Großregion«. Mit dieser Plattform können ebenfalls Daten über historische Orte mit Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus abgerufen werden. Es ist geplant, weitere historische Epochen in einer späteren Bearbeitungsphase zu erschließen. Die Projektleitung des Erinnerungsatlas möchte Karten, Erinnerungsorte und Verweise auf das historische Geschehen zusätzlich mit didaktischen Werkzeugen versehen. Das



Luxemburg, Außenansicht Musée Nationale de la Résistance, Esch-sur Alzette
Foto: Musée Nationale de la Résistance, Esch-sur-Alzette



Rheinland-Pfalz, Gedenkstätte für NS-Opfer Neustadt/Weinstraße: Frühes KZ in einem ehemaligen Kasernengefängnis
Foto: Gedenkstätte für NS-Opfer Neustadt/Weinstraße



Departement Meurthe-et-Moselle/Lothringen/Thil, Krypta Thil: Ehemaliges Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof
Foto: Frank Schroeder, Esch-sur-Alzette



Kloster Cinqufontaines.
Foto: Musée Nationale
de la Résistance,
Esch-sur-Alzette

heißt, sie mit digitalisierten zeitgeschichtlichen Dokumenten von der Fotografie bis zum Brief sowie um didaktisches Begleitmaterial zu den jeweiligen Erinnerungsorten anzureichern. Auch zeigt sich dabei der Wandel der Erinnerungskulturen in der Großregion anhand von Unterschieden und Gemeinsamkeiten.

Das Trierer Vorhaben versteht seine Internetplattform als Angebot für die schulische und außerschulische Bildung. Dort sind Informationen für den Unterricht in den Sekundarstufen I und II, für die Erwachsenenbildung oder für nonformales individuelles Lernen abzurufen. Gleichzeitig sollen Einrichtungen oder Einzelpersonen, die in der Erinnerungsarbeit tätig sind, die Möglichkeit erhalten, sich miteinander zu vernetzen. Dafür soll auch ein der Seite angegliedertes Forum die Kommunikation und den Erfahrungsaustausch fördern. Erinnerungspolitische Akteurinnen und Akteure erhalten hier Kenntnis von nur lokal bekannten Orten oder aber bereits länger abgeschlossenen oder »vergesenen« Projekten. Das Vorhaben unterstützt unterschiedliche Handlungsträger der historisch-politischen Bildungsarbeit: Lehrer:innen und pädagogisch Tätige, historische (Heimat-)Forscher:innen und Forscher sowie ehrenamtlich Mitwirkende.

Beiden Projekten ist gemeinsam, dass durch eine Rasterfunktion die Informationen an die individuellen Bedürfnisse der Nutzer:innen und Nutzer angepasst werden können. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass die im Saarland erarbeitete »Land of Memory«-Seite bereits die Infrastruktur bietet, die der Universität fehlt. Dafür hat man dort Studierende zur Betreuung der Seite zur Verfügung. Da liegt der Gedanke nahe, sie mit dem didaktischen Angebot zu verbinden, auf dass die »Land of Memory«-Seite immer wieder aktualisiert wird und bleibt, anstatt nach Auslaufen des Interreg-Projektes als Geisterschiff im weltweiten Netz zu kreuzen. Die Betreibenden beider genannten Projekte streben daher die Verknüpfung ihrer Plattformen an. Die damit gegebenen Modalitäten, konkret: Die Kooperationen und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten zu klären, ist eine weitere Aufgabe eines entstehenden interregionalen Diskurses.



Gedenkstätte Gesta-
po-Lager Neue Bremm.
Foto: Landeszentrale
für politische Bildung
des Saarlandes

Dr. Sabine Graf ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung und dort zuständig für den Bereich Historisch-Politische Bildung und Erinnerungsarbeit im Saarland sowie in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bildungsministerium befasst mit der Konzeption und Koordination des saarländischen Beitrags für das Interreg-Projekt »Land of Memory«.

- 1 Interreg-Projekte der Europäischen Union sollen länderübergreifend, hier im deutsch-französischen Grenzgebiet, Arbeitsmarkt, Umwelt und Lebensbedingungen verbessern.
Siehe: www.interreg-gr.eu/de/projekte-interreg-v-2014-2020 (22. 11. 2018)
- 2 Siehe dazu: »C. Grundvoraussetzungen für Projekte. Grundvoraussetzungen für Kunst- und Kulturprojekte in der politischen Bildung sind: Künstlerische Arbeit und kulturelle Aktivitäten in Gedenkstätten oder an Orten politischer Bildung haben immer auch eine pädagogische Funktion in der Gedenkarbeit und der politischen Bildung. Politische Bildung und Gedenkstättenarbeit fordern die Beschäftigung mit menschlicher Individualität. Dialog und Dialektik, Gespräch mit dem Gegenüber und Veränderungen bestimmen den hermeneutischen Prozess. Eindimensionale Erklärungsmuster führen an Struktur und Erfahrung von politischer Bildung und Gedenkstättenarbeit vorbei. Von Kunstprojekten in der politischen Bildung und in der Gedenkstättenarbeit wird grundsätzlich erwartet, dass sie dialogbereit sind, und zwar in Bezug auf:
 - den Kunst- und Kulturbeirat zur politischen Bildung in Rheinland-Pfalz und die Landeszentrale für politische Bildung, die die Schwerpunkte der künstlerischen/kulturellen Aktivitäten an den KZ-Gedenkstätten Osthofen und Hinzert und an anderen Orten politischer Bildung planen
 - die Gedenkstätten und ihre Gedenkfunktion
 - die ausgewählten Orte politischer Bildung und deren Funktion in der Bildungsarbeit
 - die Projektpartnerinnen und -partner (z.B. Fördervereine, zuständige Personen an Veranstaltungsorten)
 - das Publikum der Kunst-/Kulturprojekte
 Diese Richtlinien haben Gültigkeit seit dem 1. März 2014«
www.gedenkarbeit-rlp.de/index.php?id=632 (abgerufen am 10. Oktober 2018)
- 3 Caterina Sansone, Alessandro Tota: Palatschinken. Die Geschichte eines Exils. Graphic Novel. Aus dem Französischen von Volker Zimmermann. Berlin: Reprodukt, 2015
- 4 Siehe dazu: <https://lzw-verein.de/projekttdetails/motion-comics-zum-badischen-widerstand.html> (abgerufen am 10. Oktober 2018)

Ulrike Puvogel – Pionierin der Gedenkstättenbewegung

EIN NACHRUF

Jutta Klaeren und Thomas Lutz



Foto: Bundeszentrale
für politische Bildung

Am 20. September 2018 ist Ulrike Puvogel im Alter von 74 Jahren in Duisburg gestorben. Ulrike Puvogel war in der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) seit Mitte der 1970er-Jahre in der Abteilung Planung und Grundsatzfragen (heute Grundsatz) und in der Abteilung Außerschulische Erwachsenenbildung als Redakteurin die »Arbeitshilfen für die politische Bildung« tätig.

Ulrike Puvogel hat von Beginn an die Entwicklung der Gedenkstätten für NS-Opfer mit großem Engagement und tatkräftiger Solidarität begleitet. Schon bei den ersten Treffen der westdeutschen Gedenkstätteninitiativen in Dachau und anderen Orten Anfang der 1980er-Jahre hat sie mitgewirkt. In ihrer Funktion als Referentin der bpb hat sie die Erinnerung an historischen Orten zur Anerkennung der Verfolgten des NS-Regimes zu ihrem Anliegen gemacht.

Das bleibende Verdienst von Ulrike Puvogel ist die Erarbeitung von Überblickswerken zur Entwicklung der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte an historischen Orten in der Bundesrepublik Deutschland. Bereits Anfang 1981 hat sie eine erste Bestandsaufnahme von Denkmälern und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik vorgenommen und die Dokumentation publiziert. Im Jahr 1987 folgte der Schriftenreihe-Band 245 »Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus«, der auf mehr als 760 Seiten alle Denkmäler, Gedenkzeichen und Gedenkstätten in der Bundesrepublik aufführte. So weit es in damaliger Zeit mit Briefkorrespondenz und Telefon möglich war, hatte sie diese in gründlicher, häufig weit über die Arbeitszeit hinausgehender Detailarbeit recherchiert. Bereits in diesem Band, der schwerpunktmäßig mit Westdeutschland befasst war, hat Ulrike Puvogel die Gedenkstätten in der DDR berücksichtigt. Ein eigener Beitrag beschrieb die Art und Weise der Darstellung der NS-Geschichte in den Mahn- und Gedenkstätten der DDR.

1996 sowie 2000 folgten die beiden umfassenden Bände zu Orten der Erinnerungskultur in den alten und den neuen Bundesländern. Sie waren zur damaligen Zeit die Standardwerke in der Bundesrepublik zu diesem Thema. Bis heute gibt es keine Nachfolgeveröffentlichung, die in vergleichbar umfassender Weise einen bundesweiten Überblick zumindest über die bestehenden Gedenkstätten, -initiativen und kontinuierlichen Erinnerungsaktivitäten an historischen Orten gibt.

Eine Übersicht in Sinne von Ulrike Puvogel, die alle Gedenkzeichen umfasst, ist heute undenkbar. Zu viele Denkmäler, Gedenktafeln und andere Erinnerungszeichen sind in der Zwischenzeit entstanden. Als ein Beispiel sei darauf hingewiesen, dass vor kurzem in Frankfurt der siebzigtausendste Stolperstein verlegt wurde.

Ulrike Puvogel konnte in den 1980er- und 1990er-Jahren diese Pionierarbeit leisten, weil sie kontinuierlich mit Gedenkstätten für NS-Opfer und vielen Initiativen Kontakt



Ulrike Puvogel und Alfons Kenkmann in der Dauerausstellung der Villa ten Hompel, Münster.
Foto: Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz

hielt. Gerade ihre Unterstützung für die vielen kleinen Initiativen hat ihr eine hohe Anerkennung eingebracht. Einfühlsam und hilfsbereit hat sie sich viele Probleme der Initiativen vor Ort zu eigen gemacht, ihnen Mut zugesprochen und weitergeholfen.

Immer wieder wurde Ulrike Puvogel als Fürsprecherin für das Netzwerk der sich aus bürgerschaftlichen Initiativen langsam zu professionellen Institutionen entwickelnden Gedenkstätten für NS-Opfer angefragt. Als Mitveranstalterin vieler bundesweiter Gedenkstättenseminare, die zunächst gemeinsam mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und ab 1993 mit der Stiftung Topographie des Terrors sowie unterschiedlichen örtlichen Mitveranstaltenden durchgeführt wurden, hat sie wichtige inhaltliche Impulse gesetzt.

Ulrike Puvogel hat mit Kampfgeist die Gedenkstättenarbeit als integrale Aufgabe der politischen Bildung eingefordert und sich für deren nachhaltige Betreuung in der bpb in Form eines eigenen Referates, das 2000 eingerichtet wurde, stark gemacht. Der heute von Hanna Liever geleitete Arbeitsbereich Erinnerungskultur und Gedenkstätten im Fachbereich Print würde ohne Ulrike Puvogels Pionierarbeit wohl nicht existieren.

Die überaus große und weitreichende Wertschätzung für Ulrike Puvogel wurde 2009 nochmals deutlich. Anlässlich ihrer Verabschiedung in den Ruhestand fand ihr zu Ehren eine hochrangig besetzte Konferenz mit dem Thema »Aktuelle Aspekte der Erinnerungskultur in Deutschland. Zur Arbeit in den Gedenkstätten für NS-Opfer« im Haus der Geschichte mit 150 Teilnehmenden statt. Ulrike Puvogel war eine äußerst liebenswerte, stets hilfsbereite, einfühlsame und verständnisvolle Kollegin, die ihrer Arbeit mit großem Engagement und unermüdlicher Sorgfalt nachgegangen ist. Wir werden ihren Rat sehr vermissen.

Jutta Klaeren ist Referentin in der Bundeszentrale für politische Bildung und war von 1992 bis 2002 Mitarbeiterin von Ulrike Puvogel.

Dr. Thomas Lutz ist Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors. Er hat seit 1984 eng mit Ulrike Puvogel zusammen gearbeitet.